

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 199.

Mittwoch, den 26. August 1908.

15. Jahrg.

## Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

### Warum verweigern wir Sozialdemokraten das Budget?

Von einem Parteigenossen wird dem „Hambg. Echo“ geschrieben:

Der Streit darüber, ob unsere badischen und bayerischen Genossen durch ihre Budgetbewilligung den bekannten Lübecker Parteitagbeschlus verletzen oder nicht, drängt naturgemäß dazu, wieder einmal die Frage zu erörtern, welche sachlichen Motive die Sozialdemokratie zu ihrer prinzipiell ablehnenden Haltung bei der Abstimmung über das Budget in den deutschen Parlamenten veranlassen. Ja, die Erörterung dieser Frage sollte dem Urteil darüber, ob durch das Verhalten unserer süddeutschen Genossen der Lübecker Parteitagbeschlus verletzt worden ist, vorausgehen, will anders man zu einer gerechten Entscheidung gelangen. Denn sind die Gründe, die uns zur Ablehnung des Finanzgesetzes führen, auch heute noch vorhanden, so ist damit von vornherein das Verhalten unserer süddeutschen Genossen gerichtet, gleichviel ob sie vielleicht durch die Maßchen des Wortlauts eines Parteitagbeschlusses zu entschließen vermöchten. Und umgekehrt: läßt sich die prinzipielle Verweigerung des Budgets heute nicht mehr rechtfertigen, so erschlüsse als dringlichste Aufgabe, nicht den Süddeutschen einen Rißel wegen ihres Disziplinbruches zu erteilen, sondern vor allem jenen Lübecker Beschlus einer Revision zu unterziehen. Die nachfolgenden Zeilen sollen ein Versuch sein, die Gründe, aus denen wir Sozialdemokraten das Budget verweigern, noch einmal zusammenzufassen und kritisch zu beleuchten.

Welchen Sinn hat die Budgetverweigerung? Hat sie den Sinn, daß wir die Notwendigkeit der im Budget genannten Staatsbedürfnisse — wenigstens zum weitaus größten und kostspieligsten Teil — nicht anerkennen, oder hat sie den Sinn, daß wir nicht das Vertrauen zu der Bewilligung heischenden Regierung hegen, daß sie die von uns zwar an und für sich als notwendig anerkannten Staatsbedürfnisse in einer unseren Ansichten entsprechenden Weise befriedigt, vor allem die Mittel zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse in einer unseren Grundgedanken entsprechenden Weise aufbringt? Es liegt auf der Hand, daß eine Budgetverweigerung in den meisten Fällen den letzteren Sinn hat. Selbst bei der Abstimmung im Reichstage über den Reichshaushalt, dessen horrenden Summen zum größeren Teil für Militär-, Marine- und Kolonialausgaben draufgehen und dessen Ablehnung durch unsere Fraktion meines Wissens noch von niemand in der Partei bekräftigt worden ist, gilt meines Erachtens unser ablehnendes Votum nicht den Staatsbedürfnissen, die mit diesen Summen bestritten werden sollen, sondern dem System, nach dem sie befriedigt werden, der Art und Weise, wie die nötigen Mittel aufgebracht werden, und den leitenden Personen, die an der Spitze der Reichsregierung stehen. Oder mit anderen Worten, um mich konkreter auszudrücken: Wenn wir beispielsweise den Militäretat ablehnen, so bestreiten wir damit nicht die Notwendigkeit einer Organisation der Landesverteidigung — ausdrücklich haben unsere Statredner immer die Partei gegen den Vorwurf verwahrt, daß sie das Vaterland wehrlos machen wolle — wir bekämpfen vielmehr mit unserem ablehnenden Votum nur die gegenwärtige Organisation des Heerwesens, wir bekämpfen damit die ungerechte Verteilung der Steuern, aus deren Ertrag die Kosten der Landesverteidigung bestritten werden, wir bekämpfen damit die leitenden Personen, die sich zu Trägern und Verteidigern dieses Systems machen. Auf diese Art hat noch stets jede Oppositionspartei, der es ernst und ehrlich mit ihrer Opposition war, ihre Unzufriedenheit mit dem herrschenden System zum Ausdruck gebracht, und wenn unsere liberalen Tröpfe, die heute nicht genug zeteren können über unsere „unfruchtbare, negierende“ Haltung, sich ein wenig an ihre eigene Vergangenheit erinnern würden, so würden sie daran denken müssen, daß sie selbst dereinst ihre Unzufriedenheit mit dem System auf diese Weise im preußischen Landtag (in den 60er Jahren) und in anderen Einzellandtagen zum Ausdruck gebracht haben. Damals hat sie der Vorwurf, sie verweigerten dem Staate die nötigen Existenzmittel, ganz kalt gelassen und mit Recht konnten sie darauf erwidern, daß sie nicht die Staatsnotwendigkeiten als solche bekämpfen, sondern nur das herrschende System und die herrschenden Personen mit ihrer Budgetablehnung treffen wollten. Heute gehen sie leider Gottes selbst mit jenem dummen und niederträchtigen Vorwurf gegen uns hantieren, der ihnen einst in ihrer besseren Zeit von ihren Gegnern gemacht wurde.

Wenn sich unsere Budgetverweigerung aber nicht gegen die vom Staate gesetzten Zwecke richtet, sondern gegen die

Art und Weise, wie der heutige Staat diese Zwecke zu erreichen sucht, wie in aller Welt kämen wir dann dazu, das Budget in den süddeutschen Landtagen zu bewilligen? Es liegt auf der Hand, daß sich auch dort unser ablehnendes Votum nicht gegen die Staatsbedürfnisse richtet, sondern gegen die Art, in der diesen Bedürfnissen in den Einzelstaaten genügt wird. Und wenn darauf hingewiesen wird, daß der Etat dieser Staaten sich zum größten Teile aus Summen zusammensetzt, die für Kulturzwecke ausgegeben werden, für Schulen, Verkehrsanstalten, Beamtengehälter etc., so muß man doch fragen: ja, werden denn diese Kulturaufgaben in den betreffenden Staaten in einer Weise gelöst, die auch nur annähernd den Ansprüchen der Demokratie (ich sage absichtlich nicht: Sozialdemokratie, weil meines Erachtens auch nur jeder ehrliche Demokrat im heutigen Deutschland allenthalben gegen das Budget stimmen müßte) genügen kann? Ist in jenen Staaten das Schulwesen in demokratisch-modernem Sinne geordnet? Sind die öffentlichen Lasten in gerechter Weise verteilt? Ist, frage ich, in jenen Staaten auch nur eine Institution vorhanden, die in einer demokratischen Anschauungen entsprechenden Weise organisiert ist? Oder sind es die Männer, die an der Spitze dieser Staaten stehen, welche unser Vertrauen verdienen? Die Herren v. Wegner, Weizsäcker und Konforten? Sind es etwa Männer, die aus Vertrauen des Volkes oder der Volksvertretung und nicht etwa der Fürsten an die Spitze der Regierung berufen wurden? Wohl, es sind in den süddeutschen Staaten in den letzten Jahren nicht unwesentliche Reformen durchgeführt worden oder in der Durchführung begriffen, Reformen des Wahlrechts, der Besteuerung, der Beamten- und Arbeitergehälter. Und wo solche Reformen auf der parlamentarischen Bildfläche erschienen, haben unsere Genossen nach Kräften mitgearbeitet, haben durchaus keine „unfruchtbare, negierende“ Haltung eingenommen, haben sich auch durchaus nicht auf den Standpunkt gestellt: alles oder nichts, und sich dabei im allgemeinen des Vorfalles der Gesamtpartei zu erfreuen gehabt, soweit ich es beurteilen kann. Es fragt sich aber, ob solche Teilreformen unsere Haltung zum Gesamtbudget zu verändern geneigt sind. Kann beispielsweise die Aufbesserung der Beamtengehälter und Staatsarbeiterlöhne vernünftigerweise eine sozialdemokratische Fraktion veranlassen, für das Budget zu stimmen? Läuft in der Tat diese sozialdemokratische Fraktion, wenn sie gegen das Budget stimmt, Gefahr, daß man ihr den Vorwurf machen kann, sie tue das ihrige, jene Aufbesserung den Beamten und Arbeitern zu verweigern, weil die Summen hierfür im Gesamtbudget enthalten sind? Und dies, nachdem eben diese Fraktion durch ihre Arbeit und ihre Reden vor aller Öffentlichkeit gezeigt hat, daß sie noch viel weitergehendere und gerechtere Aufbesserung gewünscht hat, geschweige denn jene zu Fall bringen wollte. Sollte es wirklich so schwer sein, dem Volke, ja selbst den ehrlichen Gegnern die Meinung beizubringen, daß unsere ablehnende Haltung dem Gesamtbudget gegenüber andere, prinzipielle Gründe hat, daß sie nichts über unsere Haltung gegenüber einzelnen Posten des Etats besagt?

Gewiß, wenn durch unsere ablehnende Haltung gegenüber dem Etat eine solche Reform gefährdet würde, wenn etwa der Etat eine wesentlich bessere Verteilung der Steuern enthielte, wenn infolgedessen unter den bürgerlichen Parteien eine starke reaktionäre Gruppe gegen das Staatsgesetz zu stimmen sich entschließen und mit Hilfe unserer Partei die Reform zu Falle bringen könnte, dann wäre es das Recht, wäre es Pflicht unserer Partei, für den Etat zu stimmen, dann wäre jener Ausnahmefall eingetreten, der auch in dem Lübecker Parteitagbeschlus wohlweislich vorgesehen ist.

Aber, könnte einer einwenden, wenn Ihr nur gegen den Etat stimmt, wenn ihn Eure Abstimmung nicht gefährdet, dann ist ja Eure Budgetverweigerung nur eine leere Demonstration. In der Tat, eine Demonstration ist sie, aber keine leere. Eine Demonstration gegen das Unrecht des heutigen Staates, eine Demonstration gegen alles Kulturwidrige im heutigen Staate, eine Demonstration gegen den Scheinkonstitutionalismus des heutigen deutschen Staates, eine Demonstration gegen den Klassencharakter des Staates, eine Demonstration wie die Maitseier, nur auf einem anderen Felde und mit anderen Waffen. Und wer sagt denn, daß wir diese Demonstration nur ausüben, wenn sie den Etat nicht gefährdet? Nur wenn eine wesentliche Reform dadurch verhindert wird, wollen wir diese Demonstration ausnahmsweise unterlassen, sagte ich oder vielmehr sagte der Lübecker Parteitag. Und worin der Wert einer solchen Demonstration liegt? In der stetigen Mahnung, die sie für unsere Gegner, für die herrschenden Klassen bildet, einerseits, in der stetigen Mahnung, an uns selbst, wieviel uns noch zur Erreichung unserer Ziele fehlt, andererseits, und — last not least — darin, daß sie einmal aufhören kann, nur Demonstration zu sein. Wie die Maitseier von dem Tage an, wo die große Mehrheit des arbeitenden

Volkes hinter ihr steht, sicherlich aufhört, bloße Demonstration zu sein, sondern Werkzeug der Befreiung wird, so wird auch die parlamentarische Budgetverweigerung von dem Tage an, wo eine sozialistische Parlamentsmajorität hinter ihr steht, aus einer bloßen Demonstration zu einem Machtmittel im Kampfe gegen die Reaktion. Wie aber könnten wir konsequenterweise die Budgetverweigerung dann als Machtmittel anwenden, wenn wir heute schon auf sie als Demonstration verzichten?

Mögen diese Zeilen zur Klärung und zum Frieden in der Partei beitragen!

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Politische Bevormundung.

In seiner Zeitschrift „Christliche Welt“ wendet sich Professor Rade gegen die politische Bevormundung und Überwachung solcher Männer, die Beamtencharakter tragen. Er führt aus:

„Es vollzieht sich in unserer Gesellschaft ein Prozeß, der der freien, unabhängigen Männer immer weniger macht. Ganze Stände die bis dahin freie Stände waren, erstreben und verlangen den Beamtencharakter. Patriotismus nennt man heute den Verzicht auf eigene Meinung, auf politische Freiheit usw. Seht haben wir den Fall Beyhl in Bayern, den Fall Schücking in Schleswig-Holstein. Man denke, im Lande der aufrechten Männer, in Schleswig-Holstein! Im Elsaß müssen sich Kriegervereiner und Reserveoffiziere gegen die Zustimmung, daß diese ihre Eigenschaft mit freier politischer Betätigung unvereinbar sei, wehren. Wie sollen sie unter solchem Druck, der naturgemäß auf den jüngeren Elementen am schwersten lastet, Männer entwickeln? Woher sollen wir Führer, woher Staatsmänner bekommen, an denen wir wahrhaftig schon heute keinen Überfluß haben? Selbst die konservative Gesinnung hat dann keinen Wert, wenn sie von Staats wegen geächtet wird. Nur eins kann dabei herauskommen: eine governementale Masse. Bis der Jörn über diese Korruption einmal durchbrechen und diese kleinliche hoffnungslose Wirtschaft meglegen wird. Im Fall Schücking scheint ja die Regierung einlenken zu wollen. Aber man erkenne doch, daß es sich hier nur um ein Beispiel, um ein Symptom handelt. Man lerne das edle Gut der politischen Freiheit endlich schätzen. Es ist die Freiheit des Bürgers, der seinen Staat hochhält und sein Vaterland liebt, der aber gerade darum seine Meinung offen herausragt und von den Rechten, die ihm Geschichte und Verfassung in die Hand gelegt haben, ohne Scheu Gebrauch macht. Fehlt er dabei, so helfe ihm sein Mitbürger kräftig zurecht! Aber keine künstliche Mattfesselung, keine moralische Entmannung.“

Freisinnige und nationalliberale Organe drucken diese Ausführungen unter Bekundungen des Einverständnisses und der Anerkennung nach. Auch der „Nationalverein für das liberale Deutschland“ ist mit einer Rundgebung gegen die Reaktion hervorgetreten. Er veröffentlicht einen Aufruf „zum Kampf für das staatsbürgerliche Recht der freien Meinungsäußerung“. Viel Gewicht kann man auf derartige Rundgebungen von liberaler Seite leider nicht legen. Daß die politische Bevormundung im Rahmen der Verwaltungsreaktion in Preußen-Deutschland sich zu einem wahrhaft skandalösen System entwickeln konnte, daran ist der Liberalismus mitschuldig. Vornehmlich vom Nationalliberalismus läßt sich das sagen. Er hat Jahrzehnte hindurch die Reaktion nach Kräften gestützt und gefördert und es, solange und sofern seine parteipolitischen Interessen dadurch nicht verletzt wurden, als ganz selbstverständlich erachtet, daß die Beamten sich der Bekundung einer eigenen politischen Gesinnung zu enthalten haben, daß sie verpflichtet sind, jede Opposition gegen die Regierung und bestehende Einrichtungen zu unterlassen. Nicht nur die Beamten, sondern auch die Arbeiter der öffentlichen Betriebe hat die Verwaltungsreaktion terroristischer Bevormundung unterworfen. Und nicht nur Nationalliberale, sondern auch „Freisinnige“ haben die Regierung unterstützt in der Annahme, daß Beamte und Arbeiter der Staats- und Reichsbetriebe verhindert werden müssen, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen. Die Masse der Liberalen hat es mit dem „edlen Gut der politischen Freiheit“, soweit die Arbeiter und kleinen Beamten in Betracht kommen, niemals recht ernst genommen. Hätte der deutsche Liberalismus die Fähigkeit und den guten Willen gehabt, das Recht der freien Meinungsäußerung zu wahren, die von der Reaktion beständig bedrohten Volksrechte erfolgreich zu verteidigen — es hätte nicht zu einer schmachvollen Reaktionsherrschaft in Preußen-Deutschland kommen können.

### Die Heeres-Neuformation.

Die „Köln. Volksztg.“ zählt in einer Notiz die neuen Brigaden, Regimenter und Bataillone auf, die am 1. Oktober dieses Jahres infolge der Bewilligungen des Reichshaushaltsetats durch die bürgerlichen Parteien errichtet werden sollen:

1. Der Stab der 39. Kavalleriebrigade bei der 39. Division, mit dem Standort Colmar i. E. Zu der Brigade treten die 14. Dragoner und 3. Säger zu Pferde. 2. Ein Pionierregimentsstab für das 7. (westfälische) Armeekorps, mit dem Standort Köln a. Rh. D diesem Stabe werden die Bataillone 7 und 24 unterstellt. 3. Ein Kavallerieregiment unter der Bezeichnung „Sägerregiment zu Pferde Nr. 5“, mit dem Standort Mülhausen i. E. An das neu zu errichtende Regiment gibt das 3. (brandenburgische) Armeekorps ein Dragoner- oder Husarenregiment, das 7. (westfälische) eine Schwadron der Düsseldorf (5.) Manen, das 16. (lothringische) und das 18. (hessenthüringische) Armeekorps je eine Dragonerschwadron ab. 4. Ein Pionierbataillon (2. westfälisches Nr. 24), mit dem Standort Köln a. Rh., für das die Bataillone 4, 7, 10 und 11 je eine geschlossene Kompanie stellen.

Der Offizieretat des Heeres vermehrt sich durch die Neuformation (und einige andere Bestimmungen des Reichshaushaltsetats) vom 1. Oktober ab um die folgenden 60 Stellen: 1 General als Brigadekommandeur, 2 Stabs-offiziere als Regimentskommandeure, 3 Majore, 13 Hauptleute und Rittmeister, 9 Oberleutnants, 28 Leutnants, 4 Ärzte.

So traurig es auch um die Finanzlage des Reiches bestellt ist, für die Errichtung neuer Regimenter ist stets Geld vorhanden.

### Der Freisinn und die Wahlrechtsbewegung in Preußen.

Der zur Freisinnigen Vereinigung gehörende Abgeordnete P o t t h o f f hat zur Wahlrechtsreform in W a l d e k ein Flugblatt herausgegeben, in welchem es wörtlich heißt:

„Die Hoffnungen auf eine kräftige Wahlrechtsbewegung in Preußen, die man an die jüngste Landtagswahl knüpfte, sind arg enttäuscht worden. Außer der Sozialdemokratie hat nur ein kleiner Teil des Bürgertums — vor allem die vom Freisinn abgelöste neue Gruppe der Demokratischen Vereinigung — die Wahlrechtsfrage in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt. Im übrigen ist eine einheitliche Schlachtlinie der Freunde eines guten Wahlrechts nicht zustande gekommen. Vielmehr haben die verschiedenen Parteien in der Angst um einige Mandate wiederprüchswolle und zum Teil geradezu schmachvolle Kompromisse mit ihren schlimmsten Gegnern abgeschlossen.“

Im freisinnigen Kreise ist man natürlich müde auf Potthoff, weil er so rücksichtslos die Verlotterung im Freisinnslager aufdeckt, aber der Ärger beweist nur, daß er mit seiner Kritik nur zu recht hat.

### Das Bier soll bluten.

Wie das „Berl. Tageblatt“ von unterrichteter Seite erfährt, sind durch die Zollbehörden Erhebungen eingeleitet worden; über die Bierpreise in den Schankstätten und den Rohmalzen, welchen die Verkäufer erzielen. Es sollen die Schankstätten in drei Kategorien unterschieden werden, und zwar solche, in denen die oberen Gesellschaftsklassen verkehren, ferner solche, wo Bürger und Geschäftsleute vorwiegend sich aufhalten, und drittens solche, welche für Handwerker, Arbeiter und die unteren Bevölkerungsklassen bestimmt sind. Es waren bereits vor zwei Jahren ähnliche Ermittlungen angeordnet und von den Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern ausgeführt worden. Diese hatten jedoch das Ergebnis, daß der Rohmalzen der Verkäufer vielfach ein exorbitanter Gewinn zu erzielen konnte, besonders im Hinblick auf die weit niedrigeren Verkaufspreise in Bayern trotz der bedeutend höheren Steuer. Es wurden daher im Reichstage von einigen Abgeordneten Zweifel über die Richtigkeit der Ermittlungen erhoben und die Folge davon war, daß sie jetzt in noch größerem Umfang allgemein durch die Organe der Zollverwaltung angeordnet wurden. Diese Ermittlungen sind bis zum Schlusse des Monats August dem Reichskanzler (Reichschatzamt) einzureichen.

Demnach befindet sich auch eine weitere Belastung des Bieres unter den Steuerplänen des Herrn Syndow.

### Armenunterstützung und öffentliche Rechte.

Das Reichsamt des Innern hat nach einer Meldung annehme den Gesetzentwurf, betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte fertiggestellt und ihn dem preussischen Staatsministerium unterbreitet. Hoffentlich n. ht nur dem preussischen Ministerium, sondern auch den Regierungen der anderen Bundesstaaten, die mit Preußen verfassungsmäßig völlig gleichberechtigt sind.

### Süddeutsch.

Die Trennung der Kirche vom Staate. Die Trennung der Kirche vom Staate in Genf hat seinerzeit die Diskussion über diese Frage auch in mehreren anderen Kantonen in Fluß gebracht, aber sie ist bis auf Basel resultatlos verlaufen. Die sozialistischen Pfarrer, deren Zahl sich stets vermehrt, sind wohl meistens Gegner der Trennung, weil dann die Kirche erst recht der Herrschaft der Reichen ausgeliefert und kein Raum mehr für Sozialdemokraten in ihr sein würde, während beim heutigen Zustand auch die Kirche in den Dienst des Sozialismus gestellt werden könne. Über diese Auffassung kann man sehr verschiedener Ansicht sein; in Basel war es die sozialdemokratische Fraktion des Großen Rates, die die Initiative zur Trennung ergriff und zunächst erreichte, daß die Regierung einen bezüglichen Auftrag erhielt. In Ausführung desselben hat sie nun dem Großen Rate eine Vorlage unterbreitet, die im wesentlichen folgendes bestimmt: Die reformierte und die christ-katholische Kirche des Kantons gelten als öffentlich-rechtliche Persönlichkeiten. Sie ordnen ihre Verhältnisse selber, bedürfen aber — ausgenommen bei rein kirchlichen Bestimmungen — für ihre Verfassung und ihre allgemeinen Erlasse der Genehmigung des Regierungsrates. Die reformierte und die christ-katholische Kirche verwalten ihr Vermögen selbstständig unter Oberaufsicht des Regierungsrates. Sie sind berechtigt, im Bedarfsfälle Kultusstätten von ihren Angehörigen zu erhalten. Ihre Steuerbefreiung ist der regierungsrätlichen Genehmigung zu unterbreiten. Alle übrigen Kirchen stehen

unter den Grundregeln des Privatrechts. Die Bestimmungen des Bundes und der Kantonsverfassung bleiben vorbehalten. Mit Ausnahme der Ausgaben für den Dienst der Geistlichen an den öffentlichen Spitätern, Asylen, Gefängnissen, Waisen- und Zwangsvorsorgeanstalten dürfen eigentliche Kultuszwecke aus Staats- und Gemeindegeldern nicht unterstützt werden. Die neuen Bestimmungen sollen am 1. Januar 1910 in Kraft treten. Mit diesem Tage fallen alle Ausgaben für Kultuszwecke aus dem Staatsbudget weg, mit Ausnahme der Pensionen und der Befolgungen der Kirchenbeamten bis zum Ablauf ihrer Amtsdauer. Der Regierungsrat hat auf den nämlichen Zeitpunkt der christ-katholischen Kirche die Predigerkirche mit dem dazugehörigen Pfarrhaus als Eigentum abzutreten und ihr ferner vom 1. Jan. an 150 000 Frank in drei Jahresraten aus allgemeinen Staatsmitteln zuzuwenden. Der römisch-katholischen Gemeinde wird vom Regierungsrat auf 1. Januar 1910 an der Klarikirche ein höchst persönliches Nutznießungsrecht zu Kultuszwecken nach Maßgabe des schweizerischen Zivilgesetzbuches unentgeltlich zugesichert. Aus allgemeinen Staatsmitteln werden der römisch-katholischen Gemeinde 150 000 und der israelitischen Gemeinde 15 000 Frank zugewiesen. Das Gesetz unterliegt nach seiner parlamentarischen Erledigung natürlich noch der Volksabstimmung. Da aber mit den Sozialdemokraten auch die Katholiken für die Trennung eintreten, weil sie in Basel keine wertvollen staatlichen Privilegien besitzen, ferner voraussichtlich auch ein Teil der Freisinnigen, so dürfte auch hier die Trennung der Kirche vom Staate beschlossen werden und sich mit diesem Fortschritt Basel als zweiter Kanton Genf anreihen.

### Rußland.

Russische Grenel. Wir berichteten vor kurzem auf Grund des Briefes eines Genossen, welche entsetzlichen Zustände in der sibirischen Katorga herrschen. Heute sind wir in der Lage, ein offizielles Dokument wiederzugeben, das dank seiner unverhüllten Bestialität einen Einblick gewährt in jenes „Reich der Toten“, das die Zarenregierung für die politischen Gefangenen hergerichtet hat. Am 8. Juli d. J. erließ der Chef der Zwangsarbeitsanstalten in Nerzhinsk, Oberst Sabello, folgenden Befehl, Nr. 2997: „Am 11. Juni d. J. reichten 17 Inassen des Aka-tujewischen Gefängnisses auf den Namen des Prokurators des Sibirischen Bezirksgerichts ein Gesuch ein, in dem sie Lage erhoben gegen die Härte des Gefängnisregimes, und desgleichen dagegen, daß es den Chefs der Gefängnisse in der Nerzhinsker Katorga laut Order vom 11. Mai d. J. ad Nr. 2952 vorgeschrieben ist, das obligatorische Singen von Gebeten nach dem Morgen- und Abendappell in die Tagesordnung der Gefangenen einzustellen. Diese Gesuche wurden vom Herrn Prokurator dem Militärgouverneur des Transbaikalgebietes übermittelt, worauf Se. Erzellenz folgende Resolution fällte: 1. Es gibt keine beiläufigen Rundschreiben, sondern nur solche, die strikte befolgt werden müssen. 2. Gebete gehören überall, wo Menschen leben, zur allgemeinen inneren Ordnung. 3. Wo das Gesetz es als zulässig betrachtet, Schulbige körperlich zu züchtigen, kann das die Erleuchtung des Gewissens nur fördern und stellt durchaus keine Verhöhnung des Christenmenschen dar. 4. Auf der Katorga werden keinerlei politische Parteien anerkannt und darum nicht als zulässig betrachtet. 5. Die „Freiheit“ wird in der Freiheit und nicht im Zuchthaus verwirklicht, wo keine Freiheit gestattet wird. 6. In der Katorga gibt es keine „Politischen“, sondern bloß Arrestanten, die zur Verbannung und Zwangsarbeit verurteilt sind. 7. Jegliche „Komplikationen“, die im Gesuch erwähnt sind, dürften von Seiten der Administration derartige scharfe Maßregeln wachrufen, daß event. das Beten und Singen besser erscheinen dürfte. 8. Wo kein religiöser Glaube existiert, kann auch von religiöser Toleranz keine Rede sein. 9. Dem Prokurator ist nicht das Recht verliehen, sich in die innere Ordnung der Gefängnisse einzumischen. 10. Wer infolge eines Staatsverbrechens ins Zuchthaus geraten ist, der sollte sich nicht auf das Allerhöchste Manifest vom 30. Oktober 1905 berufen; es wäre besser gewesen, die Wohlthaten desselben vor der Gefängnis-haft zu genießen. 11. Gesuche über ein strenges Regime werden von niemand aus den Reihen der höheren Administration des Gebiets und Landes berücksichtigt werden. 12. Wer einmal ins Gefängnis geraten ist, soll dessen eingedenk sein, daß er sich nicht in Freiheit befindet. Ich schreibe allen Gefängnischefs hierdurch vor, obige Resolution allen Inassen der ihnen anvertrauten Gefängnisse zur Kenntnis zu bringen.“ — Wann endlich wird mit dem Seltsamen, das solche Befehle erlassen kann, aufgeräumt werden?

### Belgien.

Die Kongoübernahme beschlossen. Der belgische Mitarbeiter der „Leipz. Volksztg.“ schreibt: Es ist vollbracht! Die belgische Abgeordnetenkammer hat in ihrer Sitzung vom 20. August dem Übernahmevertrag mit der bisherigen Regierung des KongoStaats und dem Kolonialverwaltungs-gesetz zugestimmt. Da für stimmten sämtliche Klerikalen mit einer Ausnahme und 8 Liberale — insgesamt 83 Mann. Dagegen nur 54: 27 Liberale und sämtliche Sozialisten, da die zwei Verfechter der Kongoübernahme, die Genossen Vandervelde und Terwagne, abwesend waren. Der Stimme enthielten sich 8 Liberale und ein Klerikaler. Also eine viel größere Majorität für die Übernahme, als man je geglaubt hatte. Man würde aber sehr irren, wenn man glauben würde, daß dieser Umschwung einer in letzter Stunde eingetretenen Steigerung der kolonialpolitischen Begeisterung zuzuschreiben ist. Im Gegenteil: je mehr der Schluß der Debatte heranrückte, um so mehr legte sich das bisherige Begeisterung, das am Anfang vorhanden war. Als das Resultat der Schlußabstimmung bekannt gegeben wurde, herrschte lautlose Stille: kein einziger Abgeordneter klatschte Beifall, und die Opposition hielt dies offenbar für bezeichnend genug, um ebenfalls auf jede Demonstration verzichteten zu können. Das war die Stimmung der belgischen Kammer, als sie nach den Worten ihres Vorsitzenden den im Laufe ihres fleißigjährigen Bestehens wichtigsten Entschluß gefaßt hatte. Im Grunde freuten sich über ihn nur die Liberale, diejenigen von ihnen, die nicht für die Übernahme oder gar gegen sie stimmten, nicht ausgeschlossen;

dem sie vertreten die Bourgeoisie, die einzige Klasse, die an der Kolonialpolitik ein Interesse hat. Wenn sie zum Teil gegen die Übernahme stimmten oder sich der Stimme enthielten, so deswegen, weil sie am liebsten die Klerikalen allein die Verantwortung tragen lassen. Nach dem Umfall der linksklerikalen Opposition war ihnen die Venta sowieso sicher. Die Furcht vor einer künftigen Auflehnung der kleinstädtischen Elemente in der liberalen Partei gegen die finanzpolitischen Folgen der Kolonialpolitik veranlaßte sie, die Vorsicht als den besseren Teil der Tapferkeit zu erwählen und die klerikale Majorität sich fast allein für die Übernahme festlegen zu lassen. Daß diese selber dabei nichts weniger als begeistert war, ist leicht verständlich. Die oppositionelle Strömung in ihrer demokratischen Wählerschaft wird durch das Votum der Fraktion natürlich gestärkt werden, und das Ende ihrer Regierungsherrlichkeit ist nur eine Frage der Zeit. Das wissen die Klerikalen und darum war keiner unter ihnen, der den Mut zur Selbstverhöhnung fand und nach dem „günstigen“ Ergebnis der Schlußabstimmung ein Zeichen des Beifalls gegeben hätte. Sie mußten dafür stimmen. Wenn sie den Interessen der herrschenden Finanzbanditen zu dienen sich geweiht hätten, so wäre ihr Ende schon jetzt gekommen. Da es keinem Zweifel unterliegt, daß die Kammer auch in zweiter Lesung den Übernahmevertrag annehmen und der Senat ihn bestätigen wird, so ist Belgien nunmehr endgültig in die Reihe der Kolonialstaaten eingetreten. Es wird nun auch die Schönheiten der Kolonialpolitik kennen lernen: Militarisierung, Flottenpolitik, Steuererhöhung. Wir wollen hoffen, daß die belgische Sozialdemokratie den Kampf gegen diese Konsequenzen mit größerer Geschlossenheit und Energie führen wird, als den gegen die Übernahme selber. Auf ihre Haltung in dieser Frage, die mit dem Fall Vandervelde zusammenhängt, wollen wir jetzt nicht zurückkommen, um so weniger, als die Einsicht in die begangenen Fehler in letzter Zeit in weiten Parteilreisen durchgedrungen zu sein scheint. Aus der Verschärfung der Klassengegensätze in der neuen Ära des Imperialismus, die jetzt für Belgien mit der Übernahme des KongoStaates anfängt, wird die Sozialdemokratie von selbst größere Kraft und Entschiedenheit im Klassenkampfe schöpfen.

### England.

Eine Milliarde für die Flotte. Der „Observer“ berichtet, die Mitglieder der englischen Regierung seien sich einig, daß eine Verstärkung der englischen Marine notwendig geworden sei. Ein neues Flottenprogramm solle aufgestellt werden, welches innerhalb der nächsten 4—5 Jahre den Bau von 30 Schiffen vom Typ des „Dreadnought“ und „Informidable“ vorsieht. Jedes dieser Schiffe werde 2 Millionen Pfund Sterling kosten, sodas der Mehrbedarf des Marinebudgets sich auf rund 50 Millionen Pfund (1 Milliarde Mark) belaufen dürfte.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 26. August.

Achtung Bauarbeiter! Über die Stielbauarbeiten in der Markt- und Kaiser Wilhelmstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtanerkennung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt worden.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Stielbauarbeiten in der Marktstraße sowie über den Bau in Kattenhof-Schwartau, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, die Sperre verhängt worden. Als Akkordanten fungieren J. Jabs, Werderstraße, F. W. Adels, Kremplendorfer Schaulfener. Ferner ist die Sperre über den Bau von Heidenreich und Görner im Fünfhäuser verhängt worden.

Achtung Schuhmacher! Über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Gürtelmann 10, sowie H. Dettmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterschaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Polizeipragis und Verbrechen. Wohin es führt, daß die Polizei mit unerhört weitgehenden Ausweisungsbefugnissen ausgestattet ist, das lehrt vor einiger Zeit der Fall des Schuhmachers Wilhelm Voigt. Die Verhandlung vor der Strafkammer in Bremen gegen die Arbeiter Max Paul Gutte und Charles Smith aus Neuyork erinnerte lebhaft an die Vorkommnisse, die dem „Hauptmann von Köpenick“ zu seiner heutigen „Berühmtheit“ verholfen haben. Smith war vor längerer Zeit in Hamburg wegen Diebstahls zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Kurz vor seiner Entlassung wurde ihm vom Inspektorat des Gefängnisses eine Stellung bei der Firma Blohm u. Voß verschafft. Als S. auf freiem Fuß war, hatte die Hamburger Polizei nichts Eiligeres zu tun, als ihn per Schub über die Grenze zu bringen. Der Ausgewiesene suchte sich dann in Altona eine Wohnung und trat trotz der Ausweisung bei Blohm und Voß in Hamburg in Arbeit. Als er dort etwa vierzehn Tage beschäftigt worden war, wurde er plötzlich in seiner Wohnung verhaftet und sodann auch aus Preußen ausgewiesen. Die Firma Blohm u. Voß machte durch diese Ausweisung kein schlechtes Geschäft, denn sie hatte nach ihrer Arbeitsordnung nicht nötig, dem Ausgewiesenen die rückständigen 200 Akkordstunden zu vergüten, weil er seine Akkordarbeit nicht fertiggestellt hatte. Etwa 50 Mk., behauptet S., seien ihm dadurch verloren gegangen. Nach seiner Entlassung war der Angeklagte circa drei Wochen arbeitslos. Er wandte sich nach Lübeck; als er sich hier angemeldet hatte, wurde ihm so gleich angedeutet, er solle nur machen, daß er weiter komme, sonst werde er auch aus Lübeck ausgewiesen. Später hat er noch einmal, aber nur wenige Tage, bei einer anderen Firma in Hamburg gearbeitet. Die allezeit fürsorgliche Polizei wußte ihn aber auch hier zu finden, bestrafte ihn wegen unerlaubter Rückkehr und schob ihn abermals über die Grenze. Jetzt versuchte S. mit seinem Mitangeklagten, der mit ihm aus der letzten Arbeitsstelle entlassen war, in anderen Städten Stellung zu finden. Sie wandten sich nach Frankfurt a. M., Darmstadt usw., aber überall begegnete ihnen die Polizeifahrt in der gleichen brutalen Weise. Dadurch kam S. auf den Gedanken, sich durch Diebstähle so viel Geld zu verschaffen, um damit nach seiner Heimat reisen zu können. Am 25. Juni tauchten die Angeklagten in Bremen auf und verübten in der Nacht mehrere Einbruchsdiebstähle in Ladengeschäften, wodurch ihnen über 100 Mk. bares Geld und ein Posten Kleidungs- und Wäscheartikel in die Hände fielen. Wenige Tage später, in der Nacht auf den

27. Juni, haben sie sich in derselben Weise in Dsnabrick  
zita 150 Mt. angeeignet. In der Nacht auf den 3. Juli  
waren sie wieder in Bremen, wo sie dann nochmals mehrere  
Einbrüche mit Erfolg ausführten; so daß ihnen 15 schwere  
Diebstahle und drei Diebstahlsversuche zur Last gelegt wur-  
den. Das Gericht hielt in allen Fällen die Tatbestands-  
merkmale des Bandendiebstahls für vorliegend und erkannte  
gegen S. auf eine Zucht- und Strafe von sechs Jahren  
gegen G. auf vier Jahre und sechs Monate Zucht- und  
Zucht- und Strafe. Außerdem wird gegen jeden Angeklagten  
auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht und auf den Verlust der  
bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von fünf Jahren er-  
kannt. — Wieder ein Schulbeispiel mehr, wie die Polizei  
durch ihre Ausweitungspolizist gerade Verbrecher züchtet.

**Erleichterung im Drucksachenverkehr.** Im Drucksachen-  
verkehr hat der Staatssekretär des Reichspostamts eine neue  
Erleichterung angeordnet. Sie bringt die Benutzung der  
Vorderseite der Drucksachenkarten durch den Absender zu  
Mittelungen, wie dies schon bei Postkarten der Fall ist.  
Die Neuerung wird am 1. Oktober eingeführt. Es können  
dann auch bei den offenen Karten, die gegen die Druck-  
sachentage befördert werden, auf dem linken Teile der  
Vorderseite Angaben jeder Art angebracht werden. Selbst-  
verständlich müssen diese Angaben ebenfalls gedruckt oder  
durch ein sonstiges mechanisches Vervielfältigungsverfahren  
hergestellt sein.

**Das Seeamt** beschäftigt sich in seiner gestrigen Sitzung  
zunächst mit der Strandung des Dampfers „Frieda Horn“,  
die am 28. Mai d. Js. an der finnischen Küste zwischen Ulea-  
borg und Trahestad auf einer Untiefe erfolgte. Bei hohem  
Wasserstand kam das Schiff am 4. Juni wieder frei. Das  
Seeamt gab folgenden Spruch ab: Die Strandung ist dar-  
auf zurückzuführen, daß die Strandungsklippe auf der deut-  
schen Seefarte vom 24. März 1906 und übrigens auch auf  
der schwedischen Seefarte von 1905 nicht verzeichnet ist. Die  
Schiffsleitung trifft keine Schuld; ihre Abbringungsmanöver  
waren zutreffend. — Die zweite Sache betraf das Ver-  
schwinden des ersten Maschinisten Abilgaard vom Lübecker  
Dampfer „Therese Horn“. Das Schiff befand sich  
auf der Reise von Montevideo nach Aberdeen und hatte  
am 3. Juni 1908 erleren Hafen verlassen. Abilgaard war magenleidend, versch  
jedoch zunächst noch seinen Dienst. Am 9. Juni klagte A.  
über eine Verschlechterung seines Zustandes, abends 9 1/2 Uhr  
wurde bei ihm Fieber festgestellt. Um 11 1/2 Uhr befand er  
sich noch im Bette. Eine halbe Stunde später bemerkte  
man, daß Abilgaard verschwunden war. Die sofort ange-  
stellten Ermittlungen und Rettungsversuche sind erfolglos  
geblieben. Der Spruch des Seeamtes lautet: Das Ver-  
schwinden des ersten Maschinisten Abilgaard ist dadurch zu  
erklären, daß er über Bord geratet und ertrunken ist. Selbst-  
mord und Verbrechen sind ausgeschlossen. Die angeordneten  
und vorgenommenen Rettungsversuche waren zweckentsprechend  
und ausreichend.

**Ein bei der Erntearbeit verunglückter Soldat.** Das  
Amtsblatt meldet: Schwer verletzt wurde der Musiker R.  
aus Lübeck, der bei einem Landmann in Linau bei  
Schwarzenberg auf Erntearbeit war und die Dreschmaschine  
reinigen wollte. Er geriet mit der Hand in ein Zahnrad,  
wobei ihm ein Daumen abgequetscht wurde. — Daß Sol-  
daten zur Erntearbeit verwendet werden, ist zwar nicht neu,  
aber deshalb nicht weniger verwerflich. Höchstens kann die  
Tatsache, daß alljährlich zahlreiche Mannschaften wochenlang  
den freien Arbeitern Konkurrenz machen dürfen, als Beweis  
dafür gelten, daß die zweijährige Dienstzeit noch bedeutend  
verkürzt werden kann.

**Ein Schiffsunfall.** Der Dampfer „Herzog Friedrich“ ist  
Sonntag morgen mit dem ebenfalls ausgehenden Dampfer  
„Frieda Horn“, zur Reederei Horn in Lübeck-Schleswig  
gehörend, in dem engen Fahrwasser der Schlei bei Fahrdorf  
in der Nähe Schleswigs zusammengestoßen. Der Postdampfer,  
der Passagiere für Lindauis an Bord hatte, wollte an dem  
langsam fahrenden großen Dampfer vorbeifahren, um seine  
Passagiere rechtzeitig an den Zug zu bringen. Hierbei ist  
der kleinere Dampfer durch den Zug, den die größere  
Schraube des andern Schiffes unter Wasser ausübte, mit der  
„Frieda Horn“ zusammengestoßen. „Herzog Friedrich“ ist der  
Vordersteven verborgen und die Passagiere haben einen ordent-  
lichen Schrecken bekommen.

**Straßenperre.** Wegen vorzunehmender Straßenbau-  
arbeiten ist die Strecke der Catharinenstraße von der  
Schwartauer Allee bis zum Catharinenstieg vom 27. d. Mts.  
auf ungefähr 10 Tage gesperrt.

**Handelsregister.** Am 24. August 1908 ist eingetragen  
bei der Firma Lübecker Apparatebau-Gesell-  
schaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck:  
Die Firma ist in Apparatebau-Gesellschaft Köhn, Gesellschaft  
mit beschränkter Haftung geändert. Gegenstand des Unter-  
nehmens ist jetzt: Die Herstellung und der Betrieb von  
Destillationsapparaten, für welche auf den Namen von  
Walther Köhn ein Patent angemeldet ist. Das Unter-  
nehmen kann auf den Erwerb und die Verwertung anderer  
Patente ausgedehnt werden. Das Stammkapital ist auf  
Grund des Beschlusses der Gesellschafter vom 25. Juli 1908  
um 10 000 M. auf 60 000 M. erhöht worden. Die §§ 1, 3,  
5, 6, 16 und 17 des Gesellschaftsvertrages sind abgeändert  
durch Zusatzvertrag vom 25. Juli 1908.

**Fri-Badcaustalt Falkenwiese.** Die Temperatur betrug  
am 25. August, morg. 6 Uhr: Wasser 16, Luft 13; 10 Uhr:  
Wasser 16 1/2, Luft 16 1/2; mittags 12 Uhr: Wasser 17, Luft 21;  
abends 6 Uhr: Wasser 17, Luft 20 1/2 Grad Celsius.

**pb. Ein frecher Schwindler.** Im vorigen Monat ist  
in hiesiger Stadt ein Schwindler aufgetreten, der sich als  
Agent der internationalen Lustlust, „Erfolgreich“ vorstellte,  
die ihren Sitz in Berlin habe. Es gelang ihm, mit einzelnen  
Personen ein Abonnement abzuschließen, wofür er sich 10 Mt.  
zahlen ließ. Er wollte nach acht Tagen wiederkommen, um  
sich von den Abonnenten die Listen ihrer Schuldner abzu-  
holen, hat sich aber bisher nicht wieder sehen lassen. Zur selben  
Zeit hat auch in Stadt und Umgegend ein Unbekannter Mit-  
glieder für eine Zentral-Familien-Kasse erworben und sich  
das Eintrittsgeld sowie die ersten Monatsbeiträge zahlen  
lassen. Da diese Mitglieder bisher auch von der betreffenden  
Kasse ohne jegliche Nachricht sind, so dürfte dies auch ein  
von demselben Betrüger in Szene gesetztes Schwindelunter-  
nehmen sein. Weitere Personen, die geschädigt sind, wollen  
sich im Bureau der Kriminal-Polizei melden.

**pb. Verschwindender Mischeimer.** In der Nacht vom  
24. zum 25. d. Mts. ist vor dem Hause Untertrane 113 ein  
gelbbraun gefärbter Mischeimer aus Zinn abhanden ge-  
kommen und vermutlich durch Unfug treibende Personen  
verschleppt worden.

**pb. Brennende Antrodrosche.** Am 25. d. Mts. gegen  
7 1/2 Uhr abends geriet der Benzinhälter der auf dem  
Wartplatz haltenden Antrodrosche in Brand, vermut-  
lich durch unvorsichtiges Umgehen des Chauffeurs mit einem  
brennenden Streichholz. Die Flammen wurden in kurzer  
Zeit durch Begießen mit Wasser erstickt. Die herbeigerufene  
Feuerwehr brauchte nicht erst in Tätigkeit zu treten.

**Ringkämpfe im Hansa-Theater.** Ergebnis der Ring-  
kämpfe vom Dienstag abend. Der Rheinländer Grunewald  
und der Däne Nielsen eröffnete den Ringen. Tropdem der

Däne bedeutend schwerer ist als sein Gegner, konnte er sich  
nur auf die Verteidigung beschränken und unterlag schließlich  
nach 8 Minuten durch Kückschmung. Darauf erlitt der  
Italiener Boudioni seine vierte Niederlage, indem er von  
Stegfried in 6 Minuten durch Untergriff von hinten auf  
beide Schultern gelegt wurde. Wollte 43 Minuten währte  
der nun folgende Kampf zwischen dem Franzosen Bonce und  
dem Engländer Jackson. Dank seiner enormen Gewandtheit  
und Kraft siegte letzterer durch einen Armzug aus dem  
Stande. Sehr aufregend gestaltete sich der Schlussskampf  
zwischen Apollon und Carlos. Es kam dabei zu einer  
regelrechten Kauferei. Als der Portugiese es schließlich zu  
bunt machte, wurde er vom Schiedsrichter disqualifiziert und  
Apollon als Sieger ausgerufen. Es bedurfte der vereinten  
Kräfte mehrerer herbeiliegender Ringer, um die beiden zu  
trennen. Heute abend findet der endgültige Entscheidungs-  
kampf statt zwischen Stegfried und Carlos statt. Weiter  
ringen Karoly gegen Apollon und A. Hares gegen Jackson.

**Stadthallen-Theater.** Aus dem Theaterbureau wird uns  
geschrieben: Am Donnerstag ist „Augen der Liebe“ von  
Wilhelmine von Hillern auf dem Spielplan. Das vornehme  
Lustspiel erinnert in seinem eleganten Dialog, in der äußerst  
geschickten Szenenführung an Scribe. Die Hauptrollen  
liegen in den Händen der Damen Hartmann, Campmann,  
der Herren Lang, Widmann und Haerlein. Für Freitag  
wird zum Beneh des Herrn Ludwig Widmann Sudermanns  
„Sodom & Gende“ neu einstudiert.

**Stodtdsdorf.** Mit den oldenburgischen Land-  
tagswahlen beschäftigte sich gestern abend bei  
Herrn Baetau in Jadenburg abgehaltene Volksversam-  
lung. Genosse Stelling-Lübeck legte die Bedeutung der  
Wahlen auseinander und spornete zu reger Agitation an. In  
der Debatte beteiligten sich die Genossen F. Evers, W.  
Dreyer und H. Fick. Mit einem begeisterten aufge-  
genommenen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß Genosse  
Meier die Versammlung.

**\* Schwartau.** Das Gerücht von einem Kin-  
desmorde durchschallte gestern unsern Ort. Beim Aus-  
schachten einer Straße in der Villenkolonie beim Müller-  
holz wurde ein Skelett gefunden. Bei näherer Untersuchung  
stellte es sich jedoch heraus, daß es Überbleibsel eines ganz  
gewöhnlichen — Straßentöters waren. — Die Parte-  
versammlung am Donnerstag, den 27. August, findet  
nicht statt.

**Secreh.** Eine Volksversammlung findet am  
morgigen Donnerstag abend, 8 1/2 Uhr, hier selbst im Lokale  
des Herrn Fröhme statt. Genosse Stelling-Lübeck wird über  
die bevorstehenden Landtagswahlen sprechen. Es ist Pflicht  
der Genossinnen und Genossen, zahlreich zu erscheinen.

**Hamburg.** Hafenbetriebsverein und Kon-  
traktarbeiter. Der Hafenbetriebsverein hat die augen-  
blickliche, den Arbeitern ungunstige Situation ausgenützt, um  
die Kontraktarbeiter vollständig unter seiner Krute zu beugen.  
Zunächst hat er im vorigen Jahre die Kontraktarbeiter von  
der Organisation des Hafenarbeiter abgetrennt, um jetzt  
diesen unorganisierten und deshalb machtlosen Leuten den  
Fuß auf den Nacken zu setzen, ihnen verschlechterte Lohn-  
und Arbeitsbedingungen aufzuzwingen und sie vertrags-  
mäßig zu gewerksmäßigen Streikbrechern zu degradieren.  
Das war ja von Anfang an des Übels Kern. In den  
Kontraktarbeitern wollte der Hafenbetriebsverein sich eine  
willkürliche Streikbrechergarde schaffen. Diesem Ziel ist er  
nun unter Ausnützung der wirtschaftlichen Krise und der  
Machtlosigkeit der unorganisierten Kontraktarbeiter  
scheinbar näher gekommen. Die Kontraktarbeiter fühlen  
sich Ohnmacht. Der Vorliegende Bruhn, der  
Schriftführer Madeita und andere mehr betonten, daß  
kein anderer Weg übrig bleibe, als den neuen Kontrakt  
durch Unterschrift anzuerkennen. Die Kontraktarbeiter  
sind unorganisiert, der Hafenbetriebsverein bilde dagegen  
ein geschlossenes Ganzes, gegen das die Kontraktarbeiter  
— wenigstens zurzeit — absolut nichts ausrichten können.  
Das Wichtigste wäre demnach, sich aus Zweckmäßigkeitsgründen  
ins Unvermeidliche zu fügen. Und der Hafenbetriebsverein  
dekretierte: „Unterschreibt, oder Ihr fliegt auf's Pflaster!“  
Hier ist der Stock, hier springt: Nachgerade sehen auch die  
Kontraktarbeiter ein, daß sie ohne Organi-  
sation nichts ausrichten können. Aber sie  
küssen vorläufig noch die Peitsche mit der sie gezüchtigt werden.  
Sie wollen das „Fremdenbl.“ zu ihrem Vereinsorgan  
machen, das „Fremdenbl.“, das seiner Benützung darüber  
Ausdruck gibt, daß die Kontraktarbeiter vor der Peitsche  
des Hafenbetriebsvereins zu Kreuze kriechen mußten. Das  
Blatt schreibt: „Die Sektion des Hafenarbeiter-Verbandes,  
Schauerleute, hat ihren Einfluß auf ihre Kollegen vom Haf-  
enbetriebsverein bei weitem überschätzt, wenn sie glaubte, daß  
es ihnen Versammlungsreden gelingen würde, die Kontrakt-  
schauerleute aus ihrer pekuniär gesicherten Situation zu locken  
(!). Die Geschäftslage ist augenblicklich wahrlich nicht der-  
artig, daß man jemand raten möchte, den Posten, den er  
inne hat, ohne dringende Not zu verlassen. Von dieser Ein-  
sicht hat sich zweifellos auch die letzte Versammlung der Kon-  
traktarbeiter leiten lassen, als sie es jedem einzelnen  
überließ, ob er den Kontrakt unterzeichnen wolle oder nicht.  
Nach diesem Resultat ist anzunehmen, daß die Bewegung im  
Hafen diesmal noch friedlich (!) verlaufen wird.“  
„Diesmal noch friedlich!“ Jawohl! Schließlich wird auch  
den Kontraktuln einmal der Geduldsfaden reißen und  
dann — wird es dem Hafenbetriebsverein nicht mehr  
gelingen, mit der Peitsche so „friedlich“ zu regieren.  
Vorläufig wird der Hafenbetriebsverein sich zum  
Protector des neuen Kontraktarbeiter-Ver-  
eins machen, um seine Kontraktuln von der einzig  
machtvollen und für die Hafenarbeiter ersprießlichen Organi-  
sation, dem Hafenarbeiterverband fernzubalten; wenn der  
neuzugründende Verein nicht etwa gar ein Werk des Haf-  
enbetriebsvereins ist und die Gründer nur Strohmänner der  
Hafengewaltigen sind. Das „Fremdenbl.“ als Vereinsorgan  
läßt doch gar zu tief blicken und das Streben der Reeder  
und Hafenbetriebsunternehmer nach Schaffung „gelber Ge-  
werkschaften“ ist allbekannt. Aber auch das wird ja nur ein  
vorübergehendes Hilfsmittel gegen die  
freien Gewerkschaftsorganisationen sein,  
denen unter allen Umständen die Zukunft gehört. Auch  
die Kontraktuln werden schließlich zu dieser Erkenntnis  
kommen.

**Hamburg.** Das Hamburger Parteigeschäft  
beschäftigt werden 210 Personen, von denen drei im letzten  
Jahre ihr 25jähriges Geschäftsjubiläum feierten. Das  
„Hamburger Echo“ hat jetzt dank der wiederholten  
rührigen Agitation eine Auflage von rund 60,000  
Exemplaren. Außerdem ist die Druckerei mit der Her-  
stellung folgender Gewerkschaftsblätter betraut: Grundstein,  
Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Stukateur, Operais, Bäcker-  
zeitung, Hafenarbeiter, Handlungsgehilfenblatt, Organifator.  
Die ersten sechs erscheinen wöchentlich, die drei letzten alle  
14 Tage. Monatlich erscheint: Der Landbote und viertel-  
jährlich: Der Wähler. Die vorstehend genannten Blätter  
haben eine Gesamt Auflage von rund 550,000 Exemplaren.  
Von dem Unterhaltungsblatte: Die neue Welt, dessen  
Auflage rund 500 000 Exemplare beträgt, wird die eine Hälfte  
in Hamburg, die andere in der Druckerei des Vornwärts in

Berlin hergestellt. Für den Druck dieser Massenaufgaben be-  
steht die Druckerei vier Rotationsmaschinen, nämlich zwei  
Drillinge, einen Zwilling und eine Illustrations-Rotations-  
maschine. Ein zweiter Zwilling kommt demnächst zur Auf-  
stellung. Die genannten Maschinen werden durch Elektromo-  
toren in Bewegung gesetzt, die eine Gesamtkraft von 68 Pferde-  
kräften haben.

**Neumünster.** Ihr Kind im Wahnsinn ge-  
tötet. Nach eingehender Vernehmung durch den Unter-  
suchungsrichter hat sich ergeben, daß die Frau Böschmann,  
die ihr eigenes Kind ertränkte, als geistig minderwertig für  
die Tat nicht verantwortlich zu machen sei. Die unglück-  
liche Mutter wurde deshalb nicht in Haft genommen.

**Hensburg.** Ein Gnabengesuch wird für die  
beiden Beamten, die das Eisenbahnunglück in Groß-Zarup  
verschuldet haben, Lokomotivführer Strecker und Zugführer  
Hlobt, an den Kaiser gerichtet werden, um eine milde Bes-  
trafung zu erwirken. Das Gesuch trägt die Unterschriften  
sämtlicher bei dem Eisenbahnunglück Verletzten, sowie die  
Namen der nächsten Angehörigen der getöteten Personen.

**Bremen.** Bei dem Gewitter am Sonntag fuhr  
ein Blitz in eine Gruppe von fünf Männern und fünf  
Frauen, die vom Grasmähen kamen und sich zwischen Kruten  
und Habenhausen auf freiem Felde befanden. Zwei  
Frauen wurden getroffen; während die eine sich  
wieder erholt, blieb die andere, eine Frau Schu-  
macher, tot.

## Theater und Musik.

**Im Stadthallen-Theater** ging gestern abend zum Beneh  
für Herrn Hendrich die Straußsche Operette „Die  
Fledermaus“ in Szene. Leider genügte die Aufführung  
berechtigten Ansprüchen nicht. Orchester und Sänger lagen sich  
beständig in den Haaren. Das Fest beim Prinzen Orloffsky  
ließ darauf schließen, daß der junge Verschönerer kurz vor  
dem Ruin stand. Von den Mitwirkenden war einzig der  
Benehant als Eisenstein auf der Höhe. Ihm wurden zahl-  
reiche Blumen- und andere Spenden, sowie lebhafter Beifall  
zuteil. Das Theater war stark besetzt.

P. L.

## Genossenschaftsbewegung.

**Die Oldenburger Handelskammer gegen die Anwen-  
dung von Gewaltmaßnahmen zur Hebung des Kleinhan-  
dels.** Der Jahresbericht der Kammer für 1907 macht bei  
Besprechung der Aufgaben der deutschen Handelskammern  
zur Herbeiführung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse im  
Kleinhandel u. a. folgende, sehr treffende Ausführungen:

Dabei wird Voraussetzung bei allen diesen Bestrebungen  
sein müssen, daß eine Förderung des Kleinhandels nicht er-  
folgen darf auf Kosten ebenso berechtigter Interessen anderer  
Berufsstände, so daß also Erdbrotersteuer für  
Konsumvereine, Warenhäuser, Spezialgeschäfte usw., oder  
ähnliche Mittel, wie sie von manchen Seiten angefordert wer-  
den, u. G. von vornherein außerhalb jeder Debatte  
stehen.

Wer solche Gewaltmittel empfiehlt, der nützt dem Klein-  
gewerbe nicht, sondern er hält den Gesundungs-  
prozeß geradezu auf, weil er durch eine derartige  
Agitation weite Kreise verleitet, wie bisher alles Heil vom  
Staat zu erwarten, statt sich auf die eigene Kraft zu  
besinnen. Letzteres aber ist für eine wirkliche Besserung  
der Lage die absolut notwendige Voraus-  
setzung. Der kleingewerbliche Mittelstand muß erkennen,  
daß der Staat derartige Wege gar nicht gehen kann, und er  
muß weiter erkennen, daß eine Besserung nur mög-  
lich ist, wenn er sich selbst aufrüstet und ernsthaft  
alle Mittel in Anwendung bringt, die dazu dienen können,  
ihn in dem schweren wirtschaftlichen Kampfe konkurrenzfähig-  
ger zu machen und lebensfähig zu erhalten. Nicht die le-  
istungsfähigeren Elemente künstlich zu  
schwächen, sondern die eigene Leistungs-  
fähigkeit zu erhöhen, das muß auch für den  
Detailhandel der leitende Grundgedanke  
bei allen Reformbestrebungen werden.

Wie die Erfahrung gelehrt hat, gibt es mancherlei, was  
nach dieser Richtung hin geschehen kann. So sind die  
Gründe für die mangelnde wirtschaftliche Prosperität, was  
den Kleinhandel speziell betrifft, zum Teil rein persön-  
licher Natur, wie z. B. mangelhafte oder unübersicht-  
liche Buchführung, Unkenntnis gesetzlicher Bestimmungen,  
oder auch bestehender nützlicher Einrichtungen, wie das Be-  
stehen von Einkaufsvereinigungen und dergleichen. Hier  
wird Belehrung durch eine kaufmännisch gebildete, geschäft-  
lich erfahrene Persönlichkeit, die das Vertrauen des be-  
treffenden Detailisten sich erworben hat, von großem Nutzen  
sein können. Neben diesen in der Person des betreffenden  
Kleingewerbetreibenden liegenden Gründen sind es zum  
anderen Teil fast ausschließlich Gründe lokaler Natur,  
wie unsinnige Schenkerei durch ungelernete und mit nicht ge-  
nügendem Betriebskapital ausgestattete Geschäftsleute, die  
oft weit über den Markwert hinausgehende Bewertung der  
in Tausch anzunehmenden Landesprodukte, leichtsinniges und  
übermäßig langes Kreditgeben, Konkurrenz durch Konsum-  
vereine und dergleichen mehr.

Solche Worte von solcher Stelle verdienen die höchste  
Beachtung aller derjenigen, die es mit der Besserung der  
Lage des Kleinhandels ernst meinen. Den ergrünten Mittel-  
standsrettern, die sich eine Förderung des gewerblichen  
Mittelstandes ohne Ausnahme gegen die kapitalistischen  
und konjunktionsgesellschaftlichen Großbetriebe nicht denken  
können, dürfen die Auslassungen der Oldenburger Handels-  
kammer allerdings sehr wider den Strich gehen. Die Wahr-  
nung an die Detailisten zur Selbstbestimmung und Selbst-  
hilfe kann mit als Symptom dafür angesehen werden, daß  
in den maßgebenden Kreisen des Kleinhandels immer mehr  
die Erkenntnis zum Durchbruch gelangt, daß ohne Emanzi-  
pation vor bevorstehenden Demagogen, die im trüben zu  
fischen gedenken, jede Besserung der Lage des Kleinhandels  
ausgeschlossen ist.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Die Unkosten einer Kaisergeburtstagsfeier.** Aus  
Wiesbaden wird der „Rheinischen Zeitung“ berichtet:  
Am Kaisergeburtstage saßen abends in einem unserer  
besseren Hotels elf Stammgäste bei der Feier des  
Tages. Der Kaisertoast war gesprochen, die  
Nationalhymne gesungen, und eben hatte man ein  
Grußtelegramm verfaßt, da erschienen  
zwei Schugleute im Lokal, die auf die Beschwerde der Nach-  
barschaft zu größerer Ruhe ermahnten. Weil jedoch bald  
der Gesang wieder mit derselben Kraft er-  
tönte, kamen nach etwa einer Stunde zwei andere Schu-  
gleute, um die Namen der Feiernden feinzustellen, und als  
der ihnen zuteil werdende Empfang kein allzu freudlicher  
war, stellte sich bald ein Schugmann auf, der von  
acht Köpfen vor dem Hause ein. Der Eintritt wurde  
ihm zwar von dem Portier verweigert, man umstellte jedoch

das Haus, und der Erste, der sich nach einer kurzen Zeit draußen zeigte, wurde angehalten. Weil er sich seinen Namen anzugeben weigerte, sollte er mit zur Wache kommen, er widersetzte sich dabei jedoch, wurde unter Anwendung von Gewalt weggeschafft und man gab ihn erst wieder frei, nachdem er sich dazu bequemt hatte, seinen Widerstand aufzugeben. In dem Lokal soll es später zu Ausschreitungen gekommen sein, indem die Schulkleute beschimpft und bedroht wurden und der Lokalinhaber sogar ein Bierglas erhob, um nach ihnen zu werfen. Der Vorfall hat zu einer Erhebung der Anklage gegen vier der Feiernden wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Beleidigung und Verübung von ruhestörendem Lärm geführt. Vor dem Schöffengericht wurden jedoch zwei der Beteiligten freigesprochen und nur einer wegen Beleidigung und Ruhestörung zu 30 Mark, der vierte wegen Widerstands zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt. — Die reizende Geschichte erinnert an das Schicksal der Patriotin, die in der Nacht nach der Reichstagswahl in Berlin „demonstrierten“ und von den Organen der Hochwohlblütlichen gar unsanft in ihrem Treiben gestört wurden.

### Aus Nah und Fern.

**Der Prinzenpromotion in Straßburg** soll nun doch durch die Justiz ihre Untadelhaftigkeit bescheinigt werden. Dieser Tage nämlich meldete die Straßburger Korrespondenz, es sei unrichtig, daß man gegen unser Parteiblatt, „Die freie Presse“, und die „Straßburger Bürgerzeitung“ öffentliche Anklage erhoben habe. Nun aber wird gemeldet, daß am Sonnabend beiden Blättern die Eröffnung der Voruntersuchung wegen angeblicher Beleidigung der Prüfungskommission angezeigt und zugleich die Vorladung zugestellt wurde.

**Der fremdliche Stellenvermittler und der gottlose Schuster.** Ein Schuhmachermeister in Kassel hatte durch die Zeitung ein Dienstmädchen gesucht. Zu seiner nicht geringen Überraschung stellte sich daraufhin ein Stellenvermittler bei ihm ein, der ein „passendes“ Mädchen gleich mitbrachte. Der Schuhmachermeister war damit einverstanden, daß das Mädchen in seinen Dienst trat, es fiel ihm aber nicht ein, auch dem sogenannten Stellenvermittler noch ein Opfergeld in Gestalt einer Gebühr für eine von ihm nicht geforderte Leistung zu zahlen. Daraufhin wurde der fremdliche Stellenvermittler sofort sehr unfreundlich, wie folgende schriftliche Auslassungen von seiner Hand klarlich zeigen.

Kassel, den 10. August 1908.

Herrn A. . . . . Sch. . . . . Kassel.

Habe dem Mädchen mitgeteilt, daß dieselbe bei einem gottlosen Schuster nicht eintreten braucht. Da Sie meine Gebühr nicht gezahlt haben, ist die Sache auch so richtig. Achtungsvoll

Karl Köhler, Stellenvermittler.

Den Mietstaler muß das Mädchen natürlich retour zahlen.

Dem Mädchen hatte Herr Köhler zuvor schon diese Karte geschrieben:

Kassel, den 8. August 1908.

Geehrtes Fräulein

Die Stelle in der Hohenzollernstraße wollen Sie nicht antreten. Kommen Sie am 15 mit Ihrer werten Schwester nach hier, ich mache Ihnen einen schönen Dienst aus, diese Stelle bei dem gottlosen Schuster ist nichts. Vertrauen Sie mir und kommen Sie mit, schlafen kostet bei mir nichts. Und Sie bekommen eine extra feine Stelle.

Mit freundlichem Gruß  
Karl Köhler, Stellenvermittler.

Wie die famose Geschichte sich weiter entwickelt, will das Volksblatt in Kassel getreulich berichten, wenn der erste Gerichtstermin stattgefunden hat. Der gottlose Schuster will nämlich Klage erheben gegen den freundlichen Stellenvermittler, bei dem das geehrte Fräulein, dem er eine extrafeine Stelle ausmachen will, umsonst schlafen kann.

**Aufgehobenes Zeugniszwangsverfahren.** Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, ist die in dem bekannten Zeugniszwangsverfahren festgesetzte Geldstrafe von 50 Mark aufgehoben und gleichzeitig das Verfahren eingestellt worden. — Die hochende liberale Volksseele fühlt sich allmählich ab und wenn der Reichstag wieder zusammentritt, herrscht eitel Freude und Eintracht zwischen Regierung und Liberalismus.

**Über die Feuersbrunst in Konstantinopel** wird noch gemeldet: Dem Feuersbrand sind 2200 Häuser zum Opfer gefallen. Darunter befinden sich sechs kleinere Moscheen und fünf türkische Klöster. Der Schaden beträgt über 50 Millionen Mark. Auch das Haus Bertem Paschas und das Wohngebäude des Freiheitshelden Nias Bey sind zerstört worden. Es kann noch als ein Glück angesehen werden, daß der Brand auf der dem Großen Basar entgegengesetzten Seite von Bajesid ausgebrochen ist, da sonst ungeheure Werte vernichtet worden wären, die im Basar aufgestapelt sind.

**Die Spekulation auf die Dummheit** ist auch im Lande des Dollars ein einträgliches Geschäft, besonders wenn die Gauner es verstehen, sich ein religiöses Mäntelchen umzuhängen. So wird aus Newyork berichtet: Die amerikanische Polizei hat in den letzten Tagen wieder mehrfach Anlaß gehabt, sich mit den wunderlichen religiösen Sekten zu beschäftigen, die in Newyork einen so empfänglichen Boden gefunden haben: jetzt sind 32 Mitglieder der „Ersten Versammlung von Christus“ in Brooklyn verhaftet worden. Seitdem John Alexander Dowie, der berühmte zweite Glas, vor einigen Jahren in Newyork einen bösen Mißerfolg erleben mußte, glaubte man, daß die Bürger in der nordamerikanischen Metropole fortan gegen die Verheißungen wunderlicher Religionsstifter und „neuer Propheten“ gefest seien. Allein die Polizei mußte bald erfahren, daß noch genug seltsame Sekten in Newyork ihr Wesen treiben. Die „heiligen Roller“ haben noch heute ihre Gemeinden und empfangen nach wie vor aus Kanada ihre Weisungen von Elinor Mason, welche sich „Königin aus dem Hause Israel“ nennt. Sie hat Hunderte von anscheinend gefunden Menschen dazu gebracht, ihre „Religion“ aufzunehmen, deren wesentlichster Inhalt darin beruht, daß der Gläubige sich auf dem Boden wälzt, wenn er vom Geist besessen ist; dieses Rollen und Wälzen wird dann fortgesetzt, bis der Fanatiker völlig erschöpft ist oder das Bewußtsein verliert. Allmonatlich halten sie ihre Versammlungen ab, und noch heute befolgen sie strikt alle Vorschriften ihres „Stifters“, eines Individuums, das von den Behörden längst als Schwindler entlarvt worden ist. Seit einem Jahre hat auch die „Der heilige Geist und Wir“-Gesellschaft, die aus Maine stammt, in Newyork Fuß gefaßt und den Namen der „Heiligen Springer“ angenommen. Im ganzen Lande werden sie Anhänger, und sie müssen geschickt zu Werke gehen, denn an Erfolgen scheint es ihnen nicht zu fehlen. Ihre Propheten jedenfalls können von den reichlich einlaufenden Spenden der Gläubigen wie die Fürsten leben und auf ihren Missionsreisen des Salonwagens sich bedienen. Hunderte wurden befehrt, deren Erleuchtung sich angeblich darin kund gibt, daß der Glaubenseifrige plötzlich in die Luft springt und schreiend im Kreise umherläuft. Und so gibt es noch eine ganze Reihe von absurden Religionsgesellschaften, die in Newyork blühen und gedeihen. Auch „Die Bruderschaft des Lichtes“ fand in Newyork ihre Anhänger und

Gläubigen, die aller Fleischspeise sich enthalten und durch furchtbare Kasteiungen sich reinigen. Dugende von Kindern die von fanatischen Müttern der Kolonie dieser Brüder überantwortet wurden, sind aus Nahrungsmangel der Abzehrung verfallen. Man nimmt an, daß in Newyork nicht weniger als 50 000 Menschen diesen verschiedenen wunderlichen Sekten angehören, denen die Polizei nur in Fällen von großem Verzug oder Gefährdung der Sittlichkeit etwas anhaben kann.

### Letzte Nachrichten.

**Bromberg, 25. August.** Auf dem Gute Bachmivowitz bei Krummhölz brach infolge Mißschlages ein Feuer aus, das die Stallungen einscherte und eine große Anzahl Vieh vernichtete. Bei den Aufräumungsarbeiten fand man die verholzte Leiche des Nachtwächters unter den Trümmern.

**Bromberg, 25. August.** In Groß-Wöllwitz bei Flatow starb die Frau eines Arbeiters und deren 23-jährige Tochter nach dem Genuß von Pilzen; der Arbeiter selbst liegt hoffnungslos darnieder.

**Salze a. S., 25. Aug.** Unter dem Verdachte des Giftmordes, begangen an dem Restaurateur Block, der Montag morgen tot vor seinem Bett aufgefunden wurde, sind dessen Wirtschaftlerin und ihr Bräutigam verhaftet worden.

**Zilsfeld, 25. August.** Bei einer Rauferei schnitt ein Fabrikarbeiter einem Burtschen aus Schozach den Hals ab. Der Tod trat sofort ein.

**Wittenburg, 25. August.** Der Vogelhändler Herjett aus Erxrode ist beim Wildern auf fiskalischem Gebiet von dem Oberförster in Neitenstein erschossen worden.

**Frankfurt a. M., 25. August.** Auf dem Standesamte entdeckte man heute bei zufälliger Einsichtnahme der Register, daß von frevelhafter Hand die Urkunde über Goethes Geburt herausgeschnitten worden ist. Wann die Tat verübt wurde, ist noch nicht festgestellt. Gegen eine Gebühr können die Register vom Publikum eingesehen werden.

**Würzburg, 25. August.** Der Diener des adeligen Julianus, Diemer, wurde im Keller des Gebäudes ermordet aufgefunden. Dem Unglücklichen war der Schädel eingeschlagen worden. Der Täter ist geflüchtet.

**Münster, 25. Aug.** Im Innern einer oberfränkischen Höhle ist die vollständig verweste Leiche eines etwa 30-jährigen Mannes gefunden worden. Die Kleidung enthielt etwa 80 Mk. Bargeld. Neben der Leiche lag eine ebenfalls verweste Hundeleiche. Wie man annimmt, liegt die Leiche seit etwa dreiviertel Jahren dort.

### Handels- und Marktnachrichten.

**Steruchanz-Viehmarkt**

23. August.

Der Schweinehandel verlief ruhig. Zufgeführt wurden 3550 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 63—63½, leichte 63½—64½ Mk., Sauen 66—60 Mk., Ferkel 69—63 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böhmig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

### Logis zu vermieten

Gundelstraße 14.

Zu vermieten ein freundliches heizbares Zimmer

An der Mauer 142.

Zum 1. Oktober eine abgeseht. Stagenwohnung, enth. 3 große helle Zimmer nebst allem Zubehör, an einzelne Leute zu verm. Drogenstraße 13, pt.

### Gesucht ein junges Mädchen

zur Erlernung der Damenschneiderei.

Frau Dunkelgoot, Schwarz. Mille 123 a.

### Sof. ein tüchtiger Schuhmacher

Arminstraße 24.

Eine dreijährige Wiener Harmonika billig zu verkaufen Glandorffstr. 5, I.

Zu verkaufen 1 fl. Pony und Wagen, Lachanben, Meerischweinen u. Kaninchen „Ziergarten“.

Zu verkaufen ein guterhaltener Kinderwagen, Preis 12 Mk. Näheres Magdalenstraße 69/12.

Fortzug über Garnitur, Tisch, Spiegel billigst abzugeben Posthaus Storkesdorf, I.

### Kaninchen zu verkaufen

Lindenstraße 17 a.

### Carl Folkers Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

Vollständige Wohnungseinrichtungen. Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl. Billigste Preise. Weitgehendste Garantie.

Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

Zeitungsverkauf gestattet. Bei Verzögerung Rabatt. Gebe rote luboca-Marken.

Spart Zeit, Arbeit, Geld!

Das **Waschmittel** der **Zukunft!** Erzeugt dauernd blendend weiße Wäsche! Millionenfach erprobt!

Garantiert chlorfrei und unschädlich.

Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf**

**Verloren** am Sonntag abend auf Markt eine goldene Krawattennadel mit rotem Stein (Tropfenform). Abzug. gegen Belohnung Bleicherstr. 4 a, II.

### Anaben = Schultiefel

fein geräbtes Bindleder Nr. 27/30 **3.90**, 31/35 **Mk. 4.75** — sehr kräftig. —

Heinr. Beckmann, Reiferstraße 6.

### Lesen Sie In Freien Stunden

Die beste illustrierte Roman-Bibliothek für Arbeiterfamilien Wöchentlich ein Heft für 10 Pfennig :: :: Bestellungen nimmt jeder Kolporteur und Zeitungs-Austräger jederzeit entgegen!

### Zahn-Atelier Karl Seeler

Breitestr. 85/87 I (Ecke Huxstr.)

### Ausgekämmte Haare

tauft **W. Schmalfeld**, Langer Bohberg 62.

### Achtung Sänger!

Donnerstag, den 27. August 1908, abends 9 Uhr, **Generalprobe zur Laßallefeier.** Die Obmänner.

**Mansa-Theater**

Heute Mittwoch (11. Tag)

ringen:

Albert Harrs	gegen	F. Jakson
Hamburg		England
Karoly	gegen	Apollon
Ungarn		Frankreich

Außerdem der **Entscheidungstampf** zwischen **Siegfried** und **Carlos** Deutschland und Portugal

Wer wird Sieger? Billettdorverkauf bei Sager.

### Stadthallentheater.

Donnerstag: 83. Abonnements-Vorstellung. **Die Augen der Liebe.** Lustspiel in 3 Akten von Hillern. Anfang 8 Uhr. Freitag: Benefiz **L. Widmann.** Hermann Sudermanns **Sodoms Ende.**

10 Klassen - 100!

Wo wird im September am meisten gelacht?

bei Job - Classen!

## „Reichslügenverband.“

Dieser Tage berichtete die Presse, daß in Hannover einige unserer Parteigenossen verurteilt worden sind, weil sie einer Ordnungsfürsorge nachgefolgt haben, daß er Mitglied des „Reichslügenverbandes“ sei. Auf den angeblichen Wahrheitsbeweis dafür, daß der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie haarsträubende Lügen verbreitet, ließ das Gericht sich nach dem Wortlaut des Urteils deshalb nicht ein, weil ja nicht nachzuweisen sei, daß der Reichsverband wissenschaftlich die Unwahrheit gesagt habe.

Eine derartige Begründung mag etwas für sich haben, wenn man sich auf den von der neudeutschen Rechtsprechung ja zuweilen für angebracht gehaltenen Standpunkt stellen will, daß es bei der Prüfung des Wahrheitsbeweises darauf ankomme, vom Angeklagten das Unmögliche zu verlangen, nämlich darauf, daß in diesem Falle der notorisch mit den schimpflichsten Mitteln der Lüge und Verleumdung operierende Reichsverband sich etwa vor den Richter hinstelle und eidlich bekräftige, was zwar alle Welt weiß, was er selber aber bei der Strafe der Vernichtung seiner Existenz nicht zugeben darf. Der Reichsverband wird sich hüten und gerichtlich notorisch seine eigene Schande bekunden, mag sie auch in Wirklichkeit noch so offenkundig sein. Vielmehr wird er mit der ungeschuldeten Miene von der Welt erklären, er habe selbst die haarsträubendsten, unsinnigsten Lügen über die Sozialdemokratie stets und ständig verbreitet in der Überzeugung, daß sie lauterer Gold seien.

Stellt man sich aber auf den vernunftmäßigen Standpunkt, den z. B. das Schöffengericht in Kassel eingenommen hat, als es am 2. Juni 1908 in einer ähnlichen von Reichsverbändlern angeführten Klage den Redakteur des dortigen „Volksblatt“ freisprach, so wird der Richter einsehen, daß es kaum etwas Leichteres auf der Welt gibt, als den Wahrheitsbeweis dafür zu erbringen, daß der Reichsverband im Kampf gegen die Sozialdemokratie mit vollem Bewußtsein lügt und verleumdet.

Es ist notorisch und vom Reichsverband bei verschiedenen Gelegenheiten zugegeben worden, daß er die sozialdemokratische Presse sehr genau liest. Daher muß er dann auch in dem Falle, daß er keine Abtöten als Angestellte hat, davon unterrichtet sein, wenn sozialdemokratische Blätter ihm an Einzelfällen seine Lügenhaftigkeit nachweisen.

In einem seiner Flugblätter schreibt der Reichsverband, daß die Sozialdemokraten Ehe und Familie beseitigen, die Religion ausrotten, dem deutschen Volke das Vaterland nehmen wollen, daß sie den Meineid empfehlen und was dergleichen Unsinn mehr ist. Der Reichsverband weiß und muß wissen, daß derartige Verleumdungen nicht nur von der sozialdemokratischen Presse, sondern selbst von dem anständigen Teil der Gegner unserer Partei auf das bündigste widerlegt worden sind. Das hindert den Reichsverband aber nicht im geringsten, diese Verleumdungen immer und immer wieder von neuem aufzutischen. Kam doch die Reichsverbandskorrespondenz Nr. 26 erst vor wenigen Wochen wieder mit der Meineidslüge angetraht.

Sehen wir aber selbst von allgemeinen Lügenwendungen ab und beschränken uns auf ganz konkrete Fälle, so ist auch dann spielend leicht der Beweis dafür zu erbringen, daß der Reichsverband Tatsachen als richtig hinstellt, trotzdem er von ihrer Unrichtig-

keit überzeugt sein muß. Ein Beispiel für viele. In Nr. 21 dieses Jahrganges übte die Reichsverbandskorrespondenz den vielbeliebten Kniff, von sozialdemokratischer Finanzmishandlung in Offenbach a. M. zu fabeln. Sie schrieb u. a.: „Die Finanzoperationen der sozialdemokratischen Schatzmeister verdienen aber einmal recht beleuchtet zu werden. Die Verbrauchsgabe an Fleisch brachte der Stadt bisher z. B. 130 000 Mk. Einnahme. Mit stadtväterlicher Huld haben die Genossen die Aufhebung dieser Verbrauchsgabe beschlossen.“

Da die Redaktion der Reichsverbandskorrespondenz die sozialdemokratische Presse sehr genau verfolgt, mußte sie wissen, daß es sich um eine Verleumdung handelt, die bereits am 4. September 1907 von dem Organ des Reichskanzlers v. Bülow, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, verbreitet und auf der Stelle in den sozialdemokratischen Blättern auf das bündigste abgeferligt worden ist.

Damals wies unsere Presse darauf hin, daß der Beschluß auf Aufhebung des Oktroi erstens einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung in Offenbach a. M. gefaßt wurde, daß also auch die nationalliberale Stadtverordnetenversammlung sich dafür erklärt hatten. Dann wies unsere Presse nach, daß dieser Beschluß in Ausführung des § 13 des Sozialistengesetzes für das Deutsche Reich gefaßt wurde, wonach ein Oktroi auf Lebensmittel vom 1. April 1910 ab ohnedies nicht mehr von Gemeinden erhoben werden darf. Ebenfalls wies unsere Presse nach, daß am 1. April 1896 unter „reichstreu“ Idealwirtschaft, als noch kein Sozialdemokrat die Stadtverordnetenversammlung verunzerte, auf jeden Einwohner Offenbachs eine reine Schuldenlast von 21,17 Mark kam, wohingegen die „sozialdemokratische Idealwirtschaft“ es am 1. April 1906 dahin gebracht hatte, daß auf jeden Einwohner ein reines Vermögen von 122,84 Mk. entfiel.

Das alles hatte die sozialdemokratische Presse den Verleumdungen der „Norddeutschen Allgemeinen“ gegenüber schon im September 1907 so deutlich dargelegt, daß es dem Reichsverband gar nicht entgangen sein konnte. Und trotzdem listete seine Korrespondenz die Lügen von damals im Juni 1908 skrupellos von neuem auf.

Ein Richter, der den Beweis für die hier angeführten Tatsachen überhaupt zuläßt, muß, ganz gleich, ob er der Sozialdemokratie objektiv oder feindselig gegenübersteht, ohne weiteres zu der Überzeugung kommen, daß ein Mensch von Gestalt gar keine andere Bezeichnung für den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie übrig haben kann als die des Reichslügenverbandes.

## Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg 1908.

### Kassenbericht.

Der Kassenabschluß weist gegen das Vorjahr eine ganz erhebliche Mindereinnahme auf. Dieses scheinbar ungünstige Ergebnis ist auf verschiedene Umstände zurückzuführen. Erstens umfaßt die Berichtszeit, indem sie schon mit dem Monat Juni abschließt, nur elf Monate gegen zwölf im Vorjahre. Und gerade der Monat Juli des vorigen Berichtsjahres wies mit seinen 170 577,63 Mk. eine ungewöhnlich hohe Einnahme auf. Wenn die Einkünfte im Monat Juli 1908 auch nicht die gleiche Höhe erreichten, so sind sie doch ebenfalls hoch, kommen aber erst im Berichtsjahre 1908/09, das wieder zwölf Monate umfassen wird, zum Vorschein. Zweitens war das Berichtsjahr 1908/07 ein Wahljahr, in dem der Parteikasse Mittel zuströmen, wie

sie in Form von Extrabeiträgen usw. nur in den Zeiten des Kampfes geleistet werden. Neben den Erträgnissen von Einzelsammlungen erhielt im vorigen Berichtsjahre die Parteikasse allein von den Gewerkschaften in den Monaten Dezember und Januar 41 500 Mk. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände muß der Abschluß als ein relativ guter bezeichnet werden. Die eigentlichen, von den Organisationen geleisteten Parteibeiträge zeigen nicht nur keinen Rückgang, sondern eine Zunahme, was um so erfreulicher ist, als breite Schichten der Arbeiterschaft schwer unter der wirtschaftlichen Krise leiden. Wie in jeder anderen Beziehung hat sich auch hier die neue, straffere Organisation auf das Beste bewährt. Unter der alten, loseren Form war in den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges der Rückgang in den Einnahmen immer sehr beträchtlich.

Nach zwei Berichtsjahren, in denen die Reserven der Partei stark in Anspruch genommen werden mußten, zeigt der Abschluß für 1907/08 wieder einen Überschuss. Er ist allerdings nur den starken Rückzahlungen zu danken, die auf Darlehenskonto gemacht wurden.

Der Bedarf an Darlehen war im Berichtsjahr, da unsere Parteigeschäfte noch immer in der Entwicklung und Vergrößerung begriffen sind, wiederum ein großer. Die Ausgaben im Darlehenskonto überstiegen die Einnahmen um rund 93 000 Mk. und sind noch um 15 000 Mk. höher als im Vorjahre.

Gestiegen sind ferner die Ausgaben für allgemeine Agitation, während die übrigen Konten, mit Ausnahme der Ausgaben für Wahlagitacion, die im vorigen Bericht naturgemäß sehr hohe waren, ziemlich konstant geblieben sind. Sehr hoch sind noch immer die Ausgaben für Propagandastiftungen, da eine Anzahl unserer Parteiblätter von der wirtschaftlichen Krise schwer getroffen wurden und deshalb die Hilfe der Zentralkasse in Anspruch nehmen mußten.

Durch den um einen Monat früher erfolgten Abschluß ist es möglich geworden, die Ausgaben über die Beitragsleistungen der einzelnen Provinzen und Länder an die Zentralkasse, sowie die Aufstellung der von der letzteren gegebenen Zuschüsse, die bisher immer erst im mündlichen Bericht dem Parteitag unterbreitet werden konnten, bereits im Kassenbericht aufzuführen. (Der Lübecker Wahlkreis hat an Beiträgen 2150 Mk. geleistet und Zuschüsse nicht erhalten. Der Agitationsbezirk Schleswig-Holstein hat an Beiträgen geleistet 16 837,84 Mk. und 7000 Mk. Zuschüsse zu Agitationszwecken erhalten.)

Während der elf Monate von August 1907 bis Juni 1908 hatte die Hauptkasse 442 103,44 Mk. allgemeine Einnahmen, 180 597,50 Mk. zurückgezahlte Darlehne, 9 406,79 Mk. Zinsen, 101 811,60 Mk. Überschuss des „Vorwärts“, 28 000 Mk. Überschuss der „Vorwärts“-Buchhandlung, 35 000 Mk. Überschuss des „Wahren Jakob“, der „Neuen Zeit“ und „Gleichheit“, 45 000 Mk. von E. J. Z., 61 056,77 Mk. Vermischte Einnahmen. Insgesamt betrug die Einnahme einschließlich des Bestandes vom vorigen Jahre (2295,99 Mk.) 855 272,69 Mk. Dieser Einnahme standen folgende Ausgaben gegenüber: 211 762,36 Mk. für Allgemeine Agitation, 17 280 Mk. für Wahlagitacion, 9500,04 Mk. für Unterstützungen, 8478,64 Mk. Prozeß- und Gefängniskosten, 58 430,10 Mk. für die Parteischule, 23 070,02 Mk. Gehälter und Verwaltungsausgaben, 223 701,45 Mk. für Darlehen, 126 351,33 Mk. für Propagandastiftungen, 29 714,59 Mk. für die Partei-Korrespondenz, 4820,65 Mk. für das Archiv, 65 878,95 Mk. Vermischte Ausgaben. Insgesamt eine Ausgabe von 783 958,18 Mk., dazu kommt Ausgabe für Kapitalanlage 52 949,13 Mk., Kassenbestand am 30. Juni 1908 18 364,83 Mk.

### Zweiter Jahresbericht des Bildungsausschusses.

#### Allgemeines.

Am Schluß des ersten Jahresberichts wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das zweite Jahr der Tätigkeit des Bildungsausschusses die Fühlung mit den Genossen im Lande erweitern und zugleich fester gestalten möge. Erfreulicherweise kann der zweite Jahresbericht mit der Mitteilung beginnen, daß diese Hoffnung in Erfüllung gegangen ist. Im verfloffenen Jahre haben die organisierten Arbeiter in allen Gegenden Deutschlands mit regem Eifer die Bildungsangelegenheiten in die Hand genommen, an Form und Um-

## Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstäcker.

(33. Fortsetzung.)

Noch schaute der Weiße aufmerksam dort hinauf, um das Wiederauftauchen des Schwarzen zu erwarten, als der Soldat an seiner Seite seinen Arm ergriff und den Strom wohl hundert Schritte hinab deutete. Nagullomans wilde Züge schwammen dort wieder auf dem Strom, um gleich darauf aufs neue zu versinken. Vergebens warteten sie jetzt, ihn noch einmal auftauchen zu sehen, er blieb verschwinden. Unter dem Ufer eines in die Flut gestürzten Baumes aber, von dem Holz vollkommen gedeckt, nur mit Mund und Nase über der Oberfläche, lag der Wilde im Versteck, und trieb erst, als er vollauf Atem geholt und seiner Lunge Luft gegeben, von den Feinden nicht mehr bemerkt, langsam mit der Strömung nieder.

Die schwarze Polizei hatte indes unter Walkers Leitung dem Feuer so viel wie möglich Gehalt zu tun gesucht und von Sachen gerettet, was noch der Blut entstrichen werden konnte, als mit verhängten Zügeln auf schweißtriefenden Pferden der alte Mr. Powell mit seinen Söhnen und den beiden Stockeepern heransprengten.

„Dort kommt Ihr Vater!“ rief Walker, sich zum ersten Mal wieder der Gruppe der Frauen nähernd, die eben mit dem wieder zu sich kommenden Bruder beschäftigt waren. Sie haben jetzt nichts mehr zu fürchten. Übrigens mögen sechs von meinen Leuten zu Ihrem Beistand zurückbleiben, und ich selbst werde die Gegend nicht eher verlassen, als bis ich den verräterischen Stamm weit aus Ihrer Nähe hinweggeschickt und für die Tat gestraft habe. Sie können ruhig schlafen.“

Er trat zu seinem Pferd, das ihm einer der Soldaten brachte und schwang sich in den Sattel.

„Sie wollen fort!“ rief da Mr. Powell, die Hand nach ihm ausstreckend, „oh, entziehen sie sich nicht so rasch unserem Dant!“

„Wir wären ohne Sie verloren gewesen,“ sagte auch mit tränenden Augen Lisbeth.

„Den Dank würde ich tramer noch mit einem andern zu teilen haben,“ sagte Walker finster, indem sein Auge es vermied, dem forschend auf ihm haftenden Blick Sarahs zu begegnen. „Doch,“ setzte er rasch und mit besonderer Betonung

hinzü, „mit liegen jetzt andere Pflichten ob. Die gefährlichsten Räuber muß ich zuerst verfolgen, ihnen den Raub abjagen und die Gegend hier von den Schwarzen reinigen. Wenn Sie indessen manchmal meiner gedenken, lassen Sie es nicht allein in Haß sein.“

„Mr. Walker —“ bat Sarah.

Walker winkte ihnen mit der Hand vom Pferd herab, und als der Besizer der Station von der einen Seite in die Umzäunung sprengte, verließ er, ohne auf den Zuruf des alten Herrn zu hören, auf der andern den Platz, sammelte draußen einen kleinen Teil seiner Leute und jagte mit ihnen in den Busch hinein.

### XVI.

#### Die Buschschänke.

Unterhalb des Nord-West-End des Murray, jener wunderbaren Schwentung, mit welcher der bis dahin ziemlich genau gen Westen flutende Strom in einer Strecke von wenigen hundert Schritten seine Bahn direkt nach Süden ändert und sie von dort bis zu seiner Mündung beibehält, stand auf einem Distrikt, den die Eingeborenen Kullangang nannten, ein kleines, unansehnliches Rindenhäus, dessen Besizer ein Mittelglied zwischen Squatter und Landmann zu sein schien. Squatter konnte er insofern genannt werden, als er von der Regierung einen eben nicht großen Distrikt Weideland gepachtet hatte und sich darauf ein paar tausend Schafe wie einige fünfzig Kinder mit zehn oder zwölf Pferden hielt, Landmann, insofern er vier bis fünf Acker Landes, dicht am Strom und an einem ziemlich guten Landungsplatz, gekauft und den allerdings kaum ernstlichen Versuch gemacht hatte, Gemüse und einiges Getreide daraus zu erbauen.

Die Ufer des Murray sind nämlich hier ganz eigentümlicher Art, und tragen einen total verschiedenen Charakter schon von unterhalb des Bonin-See an sich. So flach und lehmig sie nämlich dort oben sind, so steil und schroff werden sie hier; hohe, steile Kalksteinwände, nicht selten mit den merkwürdigsten Muschelversteinerungen durchwachsen, steigen oft mehrere hundert Fuß schroff aus dem Bett des Stromes empor und schließen durchgängig ein schmales, von vier- bis zwölfhundert Schritt breites Tal ein, in dessen Boden von grauem Lehm sich der oft bis zweihundert Schritt breite Strom

herüber und hinüber schlängelt. Dieser Talboden ist allerdings außerordentlich fruchtbar und könnte die herrlichsten Ernten tragen, wäre das gute Land nicht durchgängig, nur mit Ausnahme außerordentlich kleiner Strecken, den Überschwemmungen des Flusses ausgesetzt. Der Murray überflutet aber, und zwar gerade in der Erntezeit, fast alle Jahre diese Ufer und benimmt dem Ackerbauer jede Möglichkeit, seine Frucht in Sicherheit zu bringen. Nur sehr wenige günstig gelegene Stellen sind hier von ausgenommen, und an einer solchen hatte Mac Pherson auf vielleicht vier oder fünf Acker Landes mehr einen Garten, als ein Feld angelegt, auf dem er sich allerdings etwas Weizen und Kartoffeln, aber hauptsächlich einige Gemüse zog. Sein Hauptgeschäft blieb indes der Grog- oder Branntweinverkauf, den er, ob erlaubt oder nicht, auf das eifrigste betrieb, und dazu die Arbeiter des ganzen Murraytales, je nachdem sie sein Haus passierten, zu Kunden hatte. Wochenlang allerdings verkaufte er manchmal nicht eines Schillinges Wert; dafür brachte ihm aber auch der nächste Trupp Händelleute, die ihren Jahreslohn in der Tasche trugen, reichlichen und hundertfältigen Ertrag. Die Pfunde regneten in solcher Zeit so rasch aus ihren Taschen in die feimige, wie er nur seine kleinen, überall im Hause umhergestauten Fäßchen in Flaschen und Gläser füllen konnte, und die sonst so stille Buschhütte verwandelte sich dann plötzlich in ein wildes, wüstes Gelag von Trunk und Lärm und Kampf, mit allen Leidenschaften, die Spiel und Branntwein hervorzurufen imstande sind.

Wunderbar ist überhaupt das Leben dieser Buschleute, und so abenteuerlich und außergewöhnlich, wie das ganze Land mit einem großen Teil seiner Naturerzeugnisse seiner Einundfünfzig Wochen im Jahre kann man rechnen, daß sie mit fast so wenigen Bedürfnissen wie ein Indianer in schwerer Arbeit oder wenigstens Beschäftigung als Schäfer oder Hüttenwächter, oder auch als Ochsentreiber und Stockeepere ihr mühsames und freudeloses Dasein hinquälen. Geld bekommen sie in der Zeit gar nicht zu sehen, Spirtuosen nur in äußerst seltenen Fällen zu kosten, bis sie endlich, nach Ablauf ihrer zwölf Monate, ihren vollen Jahreslohn ansgeahlt erhalten. Nun aber eilen sie auch mit ordentlich ängstlicher Hast der nächsten besten Kneipe zu, um dort nicht etwa das so mühsam Verdiente nach besten Kräften zu genießen, nein, in nur möglichst kurzer Zeit und im wahren Sinne des Wortes „durch die Gurgel zu jagen.“

## Soziales und Parteileben.

gang war — je nach den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und der anderen Vorbedingungen — verschieden, im guten Willen und in der Absicht, damit dem Befreiungskampfe des Proletariats zu dienen, alle gleich. Der Drang nach Aufklärung und Weiterbildung steht zwar von jeher in der deutschen Arbeiterklasse, und sie hat auch stets Mittel und Wege zu finden gewußt, um ihr Bildungsbedürfnis zu befriedigen. Aber eine Reihe von Umständen, die in anderem Zusammenhange in den letzten Jahren hinlänglich erörtert worden sind, haben die deutschen Arbeiter gerade neuerdings angepornt, auf neuen Wegen und mit vermehrter Energie den besonderen Bildungsmitteln nachzugehen, die sie in ihrer Eigenschaft als bewußte Klassenkämpfer für ein neues soziales Ideal zu fördern vermögen.

Aber auch nach edlen künstlerischen Genüssen sehnen sich die Arbeiter. Sie empfinden es bitter, daß sie bisher von der Kunst und ihren Freuden abgesperrt worden sind, und daß man ihnen höchstens wertlose Pseudokunst geboten hat. Die organisierten Arbeiter sind heute wirtschaftlich zu einem Faktor herangewachsen, der sich auch auf Gebieten Beachtung zu verschaffen weiß, auf denen er früher gar nicht mißsprach. In vielen Städten stehen den organisierten Arbeitern die Theater für Nachmittags- (gelegentlich auch Abend-) Vorstellungen zur Verfügung, bei sonstigen künstlerischen Veranstaltungen (Konzerten, Ausstellungen usw.) erleichtert man ihnen den Besuch, und zahlreiche hervorragende Künstler (Schauspieler, Sänger, Rezitatoren) sind jederzeit gerne bereit, vor einem Arbeiterpublikum vorzutreten.

In diesem großen Bildungsseifer, der mit Freuden zu begrüßen ist und der nach wie vor mit allen Kräften gefördert werden muß, liegt aber auch eine gewisse Gefahr, vor der wir warnen müssen. Die Bildungsbewegung darf heute nicht als Selbstzweck betrachtet werden, der sie als gleichberechtigte Institution neben Partei und Gewerkschaften stellt. Sondern die Weiterbildung soll sich dem großen Zweck der modernen Arbeiterbewegung unterordnen, sie soll ihm dienen. Und darum darf sie nicht, besonders nicht in ihrem unwichtigsten künstlerischen Teil, breitiprig in den Vordergrund treten und den parteipolitischen und gewerkschaftlichen Aktionen hindernd in den Arm fallen. Diese Gefahr tritt ein, wenn die Bildungsprogramme zu umfangreich und bunt sind. Leicht gemöhen sich dann die indifferenten Elemente der organisierten Arbeiter daran, in ihrer Teilnahme an den Bildungsveranstaltungen eine wesentliche Partei- oder Gewerkschaftstätigkeit zu sehen, während umgekehrt eine recht geleitete Bildungsarbeit die Teilnahme der Arbeiter an politischen und gewerkschaftlichen Aktionen steigern und beleben muß. Und vor einer weiteren Gefahr möchten wir die Leiter von Bildungsveranstaltungen warnen: sie müssen jetzt fast gewissermaßen als sonst vor Pseudowissenschaft und Pseudokunst auf der Hut sein. Der neuerwachte Bildungsseifer der Arbeiter kann leicht von gewissenlosen Spekulanten auf die Teile unfähigkeit des einfachen Arbeiters ausgenutzt werden. Wissenschaftliche oder künstlerische Angebote, über deren Zuverlässigkeit nicht völlige Klarheit besteht, lehne man ab, wenn man nicht von kompetenter Stelle Erfindungen einziehen kann. Ferner glaube man nicht, daß eine Veranstaltung schon dadurch zu einem Kunststücken wird, daß man sie so nennt. In den Anleitungen, die der Bildungsausschuß im vorigen Jahre verfaßt hat, und die er auch in diesem Jahre in erweiterter Form herausgeben und veröffentlichen wird, können sich die Parteigenossen im wesentlichen über die Voraussetzungen einer guten belehrenden oder künstlerischen Veranstaltung informieren.

Im übrigen ist der Bildungsausschuß jederzeit zu Rat und Hilfe bereit, soweit er dazu in der Lage ist. Auch in dem verflochtenen Jahre hat er darin einen wesentlichen Teil seiner Tätigkeit gesehen.

### Lokale Bildungsausschüsse.

In vielen Orten sind Bildungsausschüsse eingesetzt worden; in den meisten Fällen von den örtlichen Parteiorganisationen und von dem Gewerkschaftsstellwerk gemeinsam, gelegentlich auch nur von einer der beiden Instanzen. Der zentrale Bildungsausschuß ist bei der Gründung solcher Ausschüsse häufig um Rat und Material ersucht worden. Außerdem haben sich viele Orte, in denen noch kein Bildungsausschuß existiert, und wo deshalb die Bildungsarbeit von der Partei oder vom Gewerkschaftsstellwerk geleistet wird, mit dem zentralen Bildungsausschuß in Verbindung gesetzt. An alle Adressen, die der Geschäftsstelle auf diese Weise bekannt geworden sind, werden die Veröffentlichungen des Bildungsausschusses gesandt.

Daß Bildungsveranstaltungen nicht den Zweck haben, finanzielle Überschüsse abzuwerfen, sondern, daß in den meisten Fällen umgeteilt erhebliche Gelbaufwendungen notwendig sind, um gute Bildungsarbeit zu leisten, wird von den Organisationen fast allgemein gewürdigt. Besonders in den größeren Städten leisten die sozialdemokratischen Vereine und die Gewerkschaftsstellwerke den von ihnen eingesetzten Bildungsausschüssen aus diesem Grunde nennenswerte Zuschüsse.

(Fortsetzung folgt.)

Sie wiederholen hier auf festem Lande dieselbe Erscheinung, die wir in den Hafensäulen an den Matrosen sehen. Und doch hat der Matrose da noch weit eher eine Entschuldigung auf seiner Seite. Einem gefährlichen Leben ausgesetzt, wo ihn auf der See jeden Augenblick der Tod ereilen kann, und er nie weiß, ob er den sichern Hafen wiedererfährt, verjubelt er, wie er es nennt, was er auf der letzten Fahrt verdient. Für wen sollte er sparen, was soll er auf der See mit barem Gelde tun? Und die Zeit der Ruhe ist ihm dabei ebenfalls so farg zugemessen, daß er die schwer genug verdienten Goldstücke so rasch vergeudet, wie er es eben kann.

Der australische Dürchmann hat keine solche Entschuldigung im Gegenteile würde ihn die Strafnis nur weniger Jahre leicht in den Stand setzen, ein selbständiges Leben zu beginnen und zu einem kleinen Reichtum zu kommen, um sein eigener Herr zu werden. Er weiß, daß er sein Geld sicher anlegen könnte, weiß, daß es ihm Zinsen tragen würde, während er als bloßer Arbeiter doch immer nur ein elendes, abhängiges Leben fortführen muß.

Aber trotz alledem sucht er sich mit fast ängstlicher Hast gerade von dem zu befreien, was ihm allein helfen könnte, von barem Gelde. So mühsam er seinen Lohn verdient, so rasch schleudert er ihn wieder von sich, ohne auch nur einen einzigen Cent für einzulagern, es müßte denn der sein, auf ein paar Tage als „Swell“ mit Goldstücken um sich werfen zu können und den Körper mit Massen von geistigen und noch verfallenen Getränken zu überladen. Dann folgen einige Tage elender „Grüenz“, in denen sich Magen und Kopf erst wieder von solcher Nighandlung erholen müssen, bis sie auch dies überstanden haben. Ohne einen Penny Geld in der Tasche, ja vielleicht ohne eine Tasse, es hinzunehmen, wenn er es hätte (da diese Dürchen im Land nicht selten die Jacke vom Leibe verkaufen, um ihren halbberaubten Zustand ein paar Stunden verlängern zu können), schlägt er nun zurück in den Busch, um sich mit seiner Arbeit eines ganzen Jahres eine dem ähnliche Woche erkauft zu können.

(Fortsetzung folgt.)

**Verbandsrat der Schneider.** Der Verbandsrat beschloß am letzten Tage gegen 25 Stimmen die Einführung von Staffelleistungen. Verbandsvorsitzender Stühmer (Berlin) schlug die Festsetzung von zwei Klassen vor, und zwar für männliche Mitglieder 40 und 50 Pf., für weibliche Mitglieder 20 und 25 Pf. Wochenbeitrag. Er plädierte für Selbstentscheidung. Gegen wenige Stimmen wurden diese Vorschläge angenommen. Dem § 8, der die Beiträge bestimmt, soll angefügt werden: „Ferner kann der Vorstand mit Zustimmung des Ausschusses und Beirats bei größeren andauernden Streiks und Ausperrungen, wenn die Notwendigkeit dazu vorliegt, doppelte Wochenbeiträge ausgeschrieben, und ist dieser dann von sämtlichen Mitgliedern, mit Ausnahme der am Streik beteiligten oder von der Ausperrung betroffenen Mitgliedern zu bezahlen.“ Die wichtigsten Bestimmungen des neuen Streikreglements besagen: Angriffsbewegungen müssen mindestens 8 Monate vor Beginn, in Orten oder Branchen, wo Tarifverträge bestehen, mindestens 3 Monate vor deren Kündigung dem Verbandsvorstand und den Vauleitern gemeldet werden. Ohne Zustimmung des Vorstandes darf in keine Lohnbewegung eingetreten werden. Die Ortsverwaltung ist verpflichtet, die an die Arbeitgeber zu stellenden Forderungen mindestens 8 Wochen vor Einreichung und vor der endgültigen Beschlußfassung in einer Branchensammlung und der darauf folgenden Mitgliederversammlung dem Vorstand zur Genehmigung zu unterbreiten. Dem Vorstand eventuell getroffenen Änderungen der Forderungen ist Rechnung zu tragen. Mit der Einreichung der Forderungen bei den Arbeitgebern oder deren Organisation ist zugleich die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen zu betonen und um Festsetzung einer Sitzung zu ersuchen. Es darf nur dann in einen Streik eingetreten werden, wenn sich mindestens zwei Drittel der am Orte befindlichen Mitglieder dafür entscheiden, die mit dem Arbeitgeberverband in dem „Übereinkommen“ vorgesehenen Instanzen in einer Sitzung zu den Differenzen Stellung genommen haben und der Vorstand seine Zustimmung gegeben hat. Die Zustimmung zu einer Angriff- oder Abwehrbewegung kann verweigert werden, wenn nicht mindestens zwei Drittel der in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind. Bezüglich der an einem Streik oder einer Ausperrung Beteiligten übernimmt der Verband nur für solche Kollegen und Kolleginnen die Verpflichtung, die dem Verbandsrat angehören. Von den allgemeinen Anträgen wurden unter andern angenommen: „In allen größeren Konfektionsbezirken und -orten sind besoldete Personen anzustellen, welche die Agitation zu betreiben haben.“ Zur Genossenschaftsfrage wurde diese Resolution akzeptiert: „Der Verbandsrat erblickt in der Genossenschaftsbewegung ein wichtiges Kampfmittel in der Arbeiterbewegung, er verpflichtet daher die einzelnen Zitate dahin zu wirken, daß überall da, wo sich Konsumgenossenschaften befinden, unsere Mitglieder derselben als Mitglieder beizutreten haben.“ Für die Unterstützungseinrichtungen machte die hierfür eingesetzte Kommission folgende Vorschläge, denen der Verbandsrat zustimmt: **K e i s e r u n t e r s t ü t z u n g:** 1. Klasse 4 Pfg. pro Kilometer, 2. Klasse 3 Pfg. pro Kilometer, jedoch nur für höchstens 100 Kilometer. Die Gesamtsumme darf nach einjähriger Mitgliedschaft in der 1. Klasse 20 Mark, in der zweiten Klasse 15 Mark und nach zwei- und mehrjähriger Mitgliedschaft in der ersten Klasse 30 Mark, und in der 2. Klasse 24 Mark in einer Periode nicht übersteigen. **U n t e r s t ü t z u n g i n F a l l e n d e r E r w e r b s u n f ä h i g k e i t** beantragt die Kommission: Für männliche Mitglieder in der ersten Klasse den Unterstützungssatz pro Woche um 1 Mk. zu erhöhen, dagegen für die 2. Klasse die seitherigen Sätze zu belassen. Ferner für weibliche Mitglieder in der 1. Klasse die Unterstützungssätze pro Woche um 50 Pfg. zu erhöhen, und in der 2. Klasse die seitherigen Sätze ebenfalls zu belassen. Die Dauer der Bezugsberechtigung bleibt unverändert. **D i e S t r e i k u n t e r s t ü t z u n g** soll betragen: Für ledige männliche Mitglieder in der 1. Klasse 14 Mk., in der 2. Klasse 12 Mk.; für Verheiratete 1. Klasse 17 Mk., 2. Klasse 15 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. bis zum Höchstbetrag von 21 Mk. in der 1. Klasse und 19 Mk. in der 2. Klasse, für weibliche Mitglieder in der 1. Klasse 11 Mk., in der 2. Klasse 9 Mk. wöchentlich. Für Mitglieder, welche dem Verbandsrat noch keine 6 Monate angehören, beträgt die Unterstützung für ledige männliche in der 1. Klasse 11 Mk., in der 2. Klasse 9 Mk.; für verheiratete in der 1. Klasse 13 Mk., in der 2. Klasse 11 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. bis zum Höchstbetrage in der 1. Klasse von 17 Mk. und in der 2. Klasse von 15 Mk., für weibliche Mitglieder in der 1. Klasse 8,50 Mk. und in der 2. Klasse 7,50 Mk. Für Mitglieder, welche den Verband noch keine 3 Monate angehören, kann eine geringere Unterstützung gewährt werden. Die neuen Bestimmungen des Statuts treten am 1. Januar 1909 in Kraft. Bei der Wahl des Vorstandes wurden dann einstimmig Stühmer als erster, Mirus als zweiter Vorsitzender wiedergewählt, Heitmann (Berlin) als Kassierer, K ä m i n g, der bisherige Kassierer, als Sekretär neugewählt und S a b a t h (Berlin) als Redakteur wiedergewählt. Der nächste Verbandsrat findet 1910 in Hamburg statt. Damit waren die Arbeiten des Verbandsrates erledigt.

**Eine Glanzleistung in Scharfmacherei** ist dadurch bekannt geworden, daß ein Geheimzirkular der Glaser-Zwangsunng in Freiburg i. Br. einem badischen Parteiblatt zugegangen. Das vom August datierte, in jeder Hinsicht interessante Dokument lautet:

„Geehrter Herr Berufskollege! Die Friorität und Machthaberer unserer Herren Arbeitnehmer kennzeichnet sich wiederum dadurch, daß dieselben nach Ablauf des Tarifvertrages kurzerhand die Arbeit niederlegen, angeblich ohne Tarif nicht arbeiten zu wollen. Der schlaue Fuchs zeigt sich jedoch in der bekannten Gestalt von Lohnaufbesserung; wie erhöhtem Durchschnittslohn, Bauzuschlag, Fahrt und anderen Gebühren und dergleichen mehr mit dem genialen Ausdruck, daß es ja nur ganz zeitgemäße „sehr“ bescheidene und gerechte Forderungen sind (das alte Lied).

Da aber den Arbeitgebern auch ihren zeitgemäßen Forderungen nicht entsprochen wird, ist eine Nichtbewilligung sehr verständlich, und somit sind wir angeblich diejenigen, die die Leute bei dem schönen Wetter und der Ferienzeit zum Feiern brachten. Sie schreiben auch in ihrem Organ: „An Philippi jehen wir uns wieder.“ Nun, daß ist ja noch eine hübsche Zeit, etwa drei Viertel Jahr (Philippi und Jakob fällt auf 1. Mai); da können die schwer angestrengten und ermatteten Knochen sich erholen und auch gleichzeitig müde werden. „Ist das nicht fantastisch?“ (Natürlich).

Geehrter Kollege! Im Zeitalter des sozialbürokratischen Kampfes, in welchem wir Handwerker zur Zeit unbewaffnet stehen, „gedrückt von allen Seiten!“ ist es höchst notwendig, sich zu einer Macht zusammenzuschließen, um unsere Interessen wahren zu können, es ist höchste Zeit dazu! So wie die Kollegen der Nachbarstaaten wollen auch wir zur Gründung eines badischen Landesverbandes für das Glaser-gewerbe beitragen und bitten die Herren Kollegen baldmöglichst um Ihre diesbezügliche Meinung.“

Umgehend überreichen wir die „Ferienliste“ unserer „Kollegen“ und bitten alle unsere Kollegen, diesen Herren, wenn

sie sich wieder zur Arbeit melden, Gelegenheit zum Feiern bis Philippi (1. Mai 1909) zu geben und dieselben mit ihrer machthaberischen Friorität vor die Tür zu weisen.

Geehrte Kollegen! Mit 5-6 arbeitswilligen Gläsern ist uns geholfen und eruchen wir Sie, die event. am Plage freier werdenden Arbeitskräfte, insbesondere die Herren Meister-söhne oder Verwandten uns zukommen zu lassen.

Alle Anfragen und Schriftstücke sind an den Obermeister Hof. Lang, Gebelstraße 28, zu richten.

Mit kollegialischem Gruß

Der Vorstand.

Der im Ausdruck überaus konfuse, im Wollen aber ebenso brutale Verfasser dieses famosen Rundschreibens will also eine dreiwöchentliche Aussperrung über die Arbeiter verhängen, die sich erlauben, Forderungen zu stellen. Es wird aber wohl dafür gesorgt werden, daß die Bäume der Zünftler nicht in den Himmel wachsen.

**Eine neue Massenausperrung in Dänemark.** Die dänische Arbeitgebervereinigung hat dem Gesamtverband der dänischen Gewerkschaften von neuem eine Massenausperrung angekündigt. Sie soll am Montag, den 31. August, durchgeführt werden und sich auf 16 Berufe und Industriezweige über das ganze Land erstrecken. Die gelernten und ungelerten Arbeiter der Eisenindustrie; der Zementindustrie, der Lederindustrie, der Sägewerke, der Schiffswerften, die Ziegeleiarbeiter, die Textilarbeiter, Zündholzarbeiter und Arbeiterinnen u. a. sollen an jenem Tage auf die Straße geworfen werden. Da die Arbeitgebervereinigung namentlich in letzter Zeit vor keinem Mittel zurückschreckte, um auch den letzten Unternehmer und Handwerkermeister zum Beitritt zu zwingen, wird die angekündigte Aussperrung, die als der erste Schritt zu einer Generalaussperrung angesehen werden muß, mindestens 25 000 Arbeiter umfassen — wenn sie durchgeführt wird. Als Grund dieser neuen Gewaltmaßregel wird angegeben, daß das auf Vorschlag des Ministers Berg geschlossene Übereinkommen von den Arbeitern nicht respektiert werde. Tatsächlich liegt die Sache so, daß die Zeitungsfleger bereits am Montagabend die Arbeit wieder aufnahmen, die Buchdrucker im übrigen sowie die Buchbinder und Papierfabrikarbeiter am Dienstag morgen, die Lithographen und Steindrucker sowie die Arbeiter der Köger Holzwarenfabrik und des Hilleröder Sägewerks am Donnerstag morgen. Im Steinbruggewerbe sind allerdings noch fünf Mann bei der Firma Suhr u. Co. zu Sorlien in Jütland ausständig; dieser kleine Konflikt wird jedoch leicht durch örtliche Verhandlungen beigelegt werden können. Sonst haben alle Arbeiter, die an dem letzten großen Kampfe beteiligt waren, die Arbeit gemäß dem Übereinkommen wieder aufgenommen, mit Ausnahme der Sch u h a r b e i t e r. Ihr Streik in „Röbenhauvs Stodisfabrik“ hatte die Entlassung eines Werkmeisters Schmidt zum Ziele, der sich weniger als Fachmann, vielmehr aber durch brutales Auftreten gegen die Arbeiter auszeichnen soll. Dieser Streik soll nach dem Übereinkommen dadurch geschlichtet werden, daß ein unparteiisches Schiedsgericht zu entscheiden hat, ob jener Schmidt — übrigens ein Deutscher — zum Arbeitsleiter geeignet ist oder nicht. Unter dieser Voraussetzung sollte zunächst die Arbeit wieder aufgenommen werden. Die Schuharbeiter aber lehnten den Vorschlag ab und beschloßen das erste Mal einstimmig weiter zu streiken. In einer zweiten Versammlung wurde derselbe Beschluß mit 480 gegen 190 Stimmen, in einer dritten Versammlung mit 467 gegen 327 Stimmen gefaßt. Am Sonntag wollte sich nun von neuem eine Generalversammlung der rund 1700 Mitglieder starken Abteilung Kopenhagen des dänischen Schuharbeiterverbandes mit der Frage befassen, und außerdem hat der Zentralvorstand auf den 28. August einen außerordentlichen Verbandsrat zur Klärung der Sachlage einberufen. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Schuharbeiter binnen wenigen Tagen, dem allgemein geltenden Beschluß der Repräsentantschaft des Gewerkschaftsverbandes gemäß, ebenfalls die Arbeit wieder aufnehmen werden, wodurch auch der letzte Grund zu einer Massenausperrung beseitigt würde.

**In Kanada** sind 8000 Eisenbahnhandwerker der großen Pacific-Bahngesellschaft in einen Streik getreten. Jede Bahnwerkstätte vom Atlantischen bis zum Pazifischen Ozean ist in Meileidenchaft gezogen. Die Organisation der Arbeiter ist vorzüglich. Sie verlangen, daß ein gemeinsamer Ausschuß von Vertretern der Direktion und der Werkstätten die Arbeitsbedingungen festsetzt, um den Beschwerden der Arbeiter stets gerecht werden zu können. Die Gesellschaft hat Japaner als Streikbrecher eingestellt und die alten pensionierten Arbeiter unter der Drohung, daß sie sonst ihre Pensionen verlieren, zur Hilfe herbeigezogen. Dieser Streik ist der größte, der bisher in Kanada ausgebrochen ist. Die Presse verlangt, daß die Regierung eingreife, um den Streik bezulegen, denn das Volk habe ein Recht, zu verlangen, daß die Hauptverkehrslinie des Landes im vollen Betriebe bleibe.

**Zur Budgetzustimmung in Bayern.** Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages erstattete am Montag in einer Parteiversammlung in München ihren Rechenschaftsbericht. Die Abgeordneten E i m m und M i l l e r referierten. Letzterer konstatierte ausdrücklich, daß die Zustimmung zum Budget in erster Linie nicht von den Akademikern der Fraktion, sondern von den Arbeitern angeregt und sehr nachdrücklich befristet ist. Die Rechtfertigung der Abstimmung der Fraktion fand bei der Verammlung lebhaften Beifall. In der Diskussion, in der sich keine Gegner zum Wort meldeten, wurde erklärt, es hätte eine scharfe Kopfwäsche für die Fraktion gegeben, wenn sie diesmal nicht dem Budget zugestimmt hätte. Gegen 6 Stimmen wurde schließlich eine Resolution angenommen, die den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten die volle Anerkennung für ihre Tätigkeit während der Landtagssession auspricht. Die Versammlung begrüßte es, daß die Münchener sozialdemokratischen Abgeordneten unter strenger Beachtung der sozialdemokratischen Prinzipien das Interesse ihrer Wähler, der Gesamtpartei und des werktätigen Volkes wirksam, nachdrücklich und erfolgreich vertreten haben. In der Zustimmung zum Budget sieht die Versammlung die logische Konsequenz der Arbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten. Die zwingenden, besonderen Gründe seien gegeben, die gemäß des Lübecker Parteitagbeschlusses eine Annahme des Budgets vollauf rechtfertigen.

### Literarisches.

Von der Romanbibliothek „In Freien Stunden“ — Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68 — liegen uns die Hefte 32 und 33 vor. Wie uns der Verlag mitteilt, ist die Abonnentenzahl der Zeitschrift „In Freien Stunden“ in letzter Zeit wesentlich gestiegen. Es kann das als ein erfreuliches Zeichen dafür angesehen werden, daß die Bedeutung guter Unterhaltungsliteratur in immer weitere Reihen des Klassenbewußten Proletariats dringt. Der Preis für das 24 Seiten starke Heft beträgt 10 Pfg. und ist durch alle Kolportage- und Parteibuchhandlungen zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: L. H. Sch w a r z. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

der Mann allein, welcher seine Besuche macht oder spazieren geht; begehrt er anderweitig weibliche Bedienung oder „Berührung“ so geht er in die sogenannten Leuchttürme, in die Porels oder in das öffentliche Zirkel. Die japanische Ehefrau empfindet zwar im allgemeinen diese Eitelkeit nicht als brüskend oder ihrer unwürdig, weil sie eben von Jugend an daran gewöhnt ist. Anders natürlich die japanische Ehefrau der höheren Gesellschaftsklassen, welche wenigstens in den meisten Fällen hier und da mit europäischer oder amerik. zänischer Frauen in Berührung kommt. Einiges Tages wird auch in Japan eine Frauenbewegung einleiten, um die Frau aus einer Skabin des Mannes zu seiner Genossin zu machen. Die rapide wirtschaftliche Entwicklung bürgt dafür.

**Die Erschaffung des Weibes.**

Eine altindische Sage erzählt: Als der Schöpfer das Weib erschaffen wollte, machte er die Wahrnehmung, daß der zu seiner Verfertigung fehlende Stoff bei der Schöpfung des Mannes aufgebraucht war. Da nahm er die Windungen der Schlange, das Schlangenschlammern der Kletterfliegen, das Bittern des Gases, die aufrechte Haltung des Schlangenzobres, den Samen der Blume, die Leichtigkeit des Blattes, den Blick der Wolken, die Unbeständigkeit des Windes, die Schwärze des Feuers, die erstarrende Wirkung des Giftes, das Schwärzen der Gifte, mischte alle diese Elemente zusammen und bildete aus ihnen das schönste Weib. Von den Wesen aber, die nur von den Göttern der Frauen zu reden wissen, läßt sich eine in einer altindischen Erklärungsschrift folgende wegen ihres gemäßigten Zornes am ehesten hören. Bei der Erschaffung des Weibes sagte Gott: „Ich mag sie nicht aus dem Rande des Mannes erschaffen, damit sie nicht ihren Kopf hoch erhebe, nicht aus dem Auge, damit sie nicht neugierig sei, nicht aus dem Munde, damit sie nicht geschwätzig sei, nicht aus dem Herzen (das ist die Denkwürdigkeit in der physiologischen Physiologie), damit sie nicht anständig werde, nicht aus der Hand, damit sie nicht alles betaste, nicht aus dem Fuße, damit sie nicht herumlaufe. Ich will sie aus einer verborgenen Stelle an Adam, und zwar aus einer solchen machen, die er, während er selbst ganz nackt ist, doch bedeckt hält.“ — Bei jedem Glimme nun, das Gott zum Weibe schuf, sprach er zu ihm: „Set ein frommes, beschreibenes Wesen!“ — und doch finden sich alle jene Fehler an ihm.

**Allelei Wissensmerites.**

Das Schreien der Säuglinge. Es ist ganz falsch und zeigt von einer tüchtigen Affens Liebe der Eltern, wenn man glaubt, jedes Schreien des Säuglings bedeute Hunger oder begierige juckende Bedürfnisse. Das Schreien ist vielmehr eine sehr gesunde Tätigkeit des kleinen Körpers. Wenn man indes zu viel Aufmerksamkeit darauf nimmt, so merkt der kleine Mann oder das kleine Fräulein sehr bald, wie Dr. W. K. A. u. p. e in dem vorzüglichen Büchlein „Der Säugling“ („Aus Natur und Wesenswelt“, H. G. Leubner) hervorhebt, daß er mit den Aufzügen seines Eigenwillens alles vermag. Wenn wir also haben feststellen können, daß eine wirkliche Ursache für das Schreien fehlt, dann lasse man den Säugling unbesorgt schreien, ja brüllen. Man bestimme ihn in ein möglichst weit entferntes Zimmer und überlasse ihn dort seinem Schicksal, und wenn es Tage dauert, bis er sich beruhigt. Er wird bald einsehen, daß er nichts erreicht und sich und den Eltern dann nicht mehr die nötige Ruhe vergällen.

**Das Fieber der Pflanzen.**

Wie viele die Pflanze n gleich verunwunden Tieren blühen und bei der Stellung ihre Wunden vernarben lassen, so kann auch die Stoffwechsel-Energie zur Bekämpfung etwa eingebrungener krankmachender Schmarotzer dermaßen gesteigert werden, daß bei ihnen wie bei den Tieren ein richtiges Fieber in Form einer meßbaren Temperatur-Erhöhung zunächst nur lokal um die Wunde, später auch in weiterer Umgebung entsteht. So haben, der „Umfrage“ zufolge, neuerdings amerikanische Botaniker bei ihren pflanzenbiologischen Untersuchungen mit Hilfe eines thermo-elektrischen Apparates, der noch imstande ist, ein vierhundertstel Grad anzuzeigen, festgestellt, daß sich bei einer verunwunden Pflanze solche lokale Temperaturerhöhung verunwundenen Pflanze nach 24 Stunden ihre Höhe erreichte und von da an wachsend. Eine auf dieselbe Weise verunwundete Pflanze bei feuchte eine noch bedeutendere Temperaturerhöhung als

die Kartoffel und bei ihr teilte sich das Fieber, statt wie bei der Kartoffel auf die Stelle um die Wunde herum beschränkt zu bleiben, der ganzen Zwiebel mit. Dabei ergab es sich, daß gerade die Zwiebel ein auf Verletzungen besonders intensiv reagierendes Organ ist, der mit starker Temperaturerhöhung als die meisten anderen reagiert. Die Verwundungen sollen fortgeführt werden, und wir dürfen auf ihre Ergebnisse gespannt sein.

**Humoristisches.**

**Zigaretten - Weisheit.** Der Süddeutschen Kadabts-Zeitung entnimmt die „N. Bad. Landeszeitung“ folgende Aphorismen:

Zigaretten sind wie Menschen: so schwer zu behandeln, so leicht zu verletzen. Die Männer beurteilen Zigaretten meist so, wie sie Frauen beurteilen: nach der äußeren Seite; innen steckt oft der beste Tabak, aber wegen des Deckblatts allein verschmähst man sie sehr oft. Zigaretten sind wie die Hausfrauen: sie taugen nicht viel, wenn sie immerfort ausgehen. Zigaretten sind wie politische Reden: wenn man sie an der unrichtigen Stelle in den Mund nimmt, so verbrennt man sich das Maul.

Die Zigarette ist wie eine Geliebte: wenn du aufhörst für sie anzusehen zu sein, erlischt ihre Glut sehr bald. Zigaretten werden wie die Menschen in ihrer frühesten Jugend gemißachtet; aber die Zigarette kommt aus der Kiste, wenn sie gebraucht wird, während der Mensch dann in die Kiste kommt, wenn er verbraucht ist. Weide aber werden zu Asche.

**Aus der „Zugent“.** Sanatorium. „Bedauere, gnädige Frau, wir haben nur ein Zimmer zweiter Klasse frei.“ — „Oh das macht nichts.“ — „Natürlich nicht. Wir werden auch als erste Klasse berechnen.“

„Nicht möglich.“ — „Von was sind Sie denn krank geworden, Herr Huber?“ — „Vom kalten Bier!“ — „Na, und was hat Ihnen geholfen?“ — „s warme Bier!“

**Ein Gemütskranke.** Vater: „Nest hast Du schon wieder ein Semester verbüßet. Während Deines ganzen Lebens hast Du mit noch nie eine Freude bereitet.“ — Sohn: „Aber vorher.“

**Humanistisches Gymnasium.** Lehrer: Die griechische Sprache überhaupte, insbesondere aber ihre Grammatik und von dieser hinstückweise die unregelmäßigen Verba sind das erhabene Probit menschlichen Geistes. Und so oft ich selbige Verba konjugieren lasse, verlangen Sie ungesittum auf den Abort, Sie Köhling.“

**Verstümmeltes.** Ein Vertrauen, Herr Medizinalrat, ich halte einen operativen Eingriff bei einem dekavirigen Fall doch für etwas gewagt — ich würde das erst einmal bei einem Neuentastungsversuch probieren.“

**Der Privatier.** Vater: „Ich muß den Brief unbedingt persönlich auflesen — kann ich Ihnen Herrn nicht irgendwo treffen?“ — Sohn: „Das schon! Grab um diese Zeit steht er immer am Ludwigspark und schaut dem Pfaffen an!“

**Auch eine moderne Sammlung.** „Was hast Du denn da für eine merkwürdige Bildergalerie — sind das nicht lauter Knochen?“ — Allerdings, das sind die Königensbilder von meinen sämtlichen alpinen Knochenbrüchern.“

**Ein Gaffer.** Gemeindevorstand (bei Gelegenheit eines sehr reichlichen Festessens, einen Loos ausbringend): „Hochachtungsvoll Mitteil.“ (Folgende Blätter.)

**Neues von Serenissimus.** Der Großherzog von Genoa, sein wurde plötzlich von einer unbefugbaren Kellnerin gepackt. Künftig durchquerte er mehrere Male sein Reich. Mit großer Vorsicht verfolgte Sindermann den plötzlichen Daten seines Herrn. Endlich fragte er besodot nach der Ursache der durchlauchtigsten Unruhe und erhält die Antwort: „Ach lieber Sindermann, habe Wanderniere. Muß immer mit!“

**Sachsen.** „Sie gehen dies Jahr nicht in die Alpen?“ — „Ne; bei uns sind zwei Hinrichtungen — das is scheener.“

**Modernes Christentum.** Seitdem der Kirchenplan 200 Mk. kostet, kann man glauben, der liebe Gott habe Sonntag seinen Joursif ab! („Der wahre Jacob.“)

**Verantwortlicher Redakteur:** Johannes Stelling. **Verleger:** F. S. Sch warz. **Druck:** F. r i e d r. M e y e r u. Co. **Erntlich in Löhde.**

**Die Söhne.**

Von Simo Majavali.

Alles war schon bereit: die Gruben gegraben — die Soldaten vergarret — die Verurteilten hatten das Abendmahl empfangen. Alles war bereit. Man wartete nur noch, bis die achte Morgenstunde schlagen würde; die sollte die letzte für die armen Sünder sein.

Die beiden Verurteilten hockten auf dem Vorflur des einflügeligen Hauses. Es stand inmitten der einzigen Straße, die sich gleichlaufend mit dem Fluße hinzog. Alles kamamen, der Fluß und das Städtchen, heißt Zernowitsch Kijeta.

Die Verurteilten waren an den Ohrenarmen mit Stricken gefesselt — aber locker genug, daß sie die Hände nach Gefallen rühren konnten. Mit ihnen auf der Bank saßen vier alte Montenegroer: einer davon trug einen Vossbart — ein Woge also. — Zwei Soldaten standen, die Gewehre bei Fuß, auf der obersten Stufe der Steintreppe, die zur Vorhalle hinaufführte.

Alles rauchte und schwagte durcheinander und grüßte hin und wieder und trant einander Schnaps aus Gläsern zu, die irgend ein altes Weib herunreichte. Das Weib kam und ging durch eine Gasse im Boden der Vorhalle. — Der ältere von den Verurteilten, ein kräftiger Mann von vierzig Jahren, war der lustigste und gesprächigste in dem Kreis.

Unten auf der Straße hatte sich eine dicke Menschenmenge angesammelt. Junger neue Männer kamen den Fluß herab und hinauf in Kärgen an. Frauen stellten ihre Kästen ab und traten herzu, fragten, was es gebe, und erfuhren den ganzen Vorgang:

Die zwei da oben, Onkel und Neffe, hatten an der Getarnerer Küste eine alte Frau und deren Dienstmädchen erschlagen, das Haus ausgeraubt und sollten nun die Todesstrafe erleiden. Gerade heute, am Markttag — nach montenegroischer Sitte.

Am Eingang des Städtchens, am Uferarm, hatte man zwölf Soldaten aufgestellt. Das Ufer war dort mannis hoch aufgemauert, und da das Wasser zurückgetreten war, blieb ein Streifen Sandes im Flußbett trocken. Dort sollte das Urteil vollzogen werden. Der Offizier des Leibes die Soldaten und übte sie ein, auf die Brust zu zielen — ganz genau und gemeinlichstlich — sechs auf den einen und sechs auf den anderen. Darum kommandierte er zwei oder drei mal: „Au — Feuer!“ — Natürlich waren die Patronen blind. — Eine willkommene Vorstellung für die Zuschauer.

Der Stadthauptmann war in seiner Kammer geblieben, einer kleinen niedrigen Stube am Ende des Städtchens. Er war offenbar erregt und abgelenkt. Er ging nervös hin und her, blieb stehen, setzte sich wieder, sah jeden Augenblick nach seiner Leibesuhr und rauchte immerzu. Sein Schreiber saß am Tische und las leise vor sich noch einmal das Urteil, um es später der Volksmenge flüchtig und klar verkünden zu können.

In diesem Augenblick während sich so viele Menschen vorbereiteten — die einen, zwei Leben zu vernichten, die anderen, dabei zuzusehen — während der eine der beiden Unglücklichen lachte und allerlei Scherzreden trieb und in seinem Innern vor der schrecklichen Stunde zitterte — schien eine heiße, friebliche Junifonne nieder.

Und wunderbar genug war auch der Rahmen des Ganzen mitten im Bildes: Man muß sich eine tiefe Klüft vorstellen, auf deren Grunde man nie mehr als sechsunddreißig Sterne sieht, und mitten durch schleicht ein leichtes Wasserchen. Zur Rechten ragt der fahle Berg Dood mit seinen berühmten Ruinen (der Zernowitschburg) und der ersten slavischen Druckerei, zur Linken die Gasse — eigentlich eine halbe Gasse, von dreißig über vierzig Häusern eingekläumt und immer von dem Gestank frischer und getrockneter Fische durchweht.

Abwärts wird es im Volkshausen still. Der ältere und beiden Verurteilten tritt ans Geländer der Vorhalle und ruft:

„Guten Morgen, Montenegroer! Sage mir einer: bist ich etwa verbleibt?“ Eine Stimme von unten antwortet: „Nein, Bruderherz! Not bist du wie eine Erdbere und freich wie ein Mädchen — ein echter Held unter Helden.“

Der Räuber bramatbajstet weiter: „Na, sieh, ich hab den Mut nicht verloren. Ich werde manhaft leben, wie ich manhaft dem Tod auf dem Schlachtfeld in die Augen gesehen habe. Erzählt das den Leuten zu Hause. Und wie ich mich im Kriege gehalten habe, das weiß mein ganzes Bataillon und so mancher von euch Landsknecht; das weiß auch unser Gürtel selber, der mir die Medaille für Tapferkeit gegeben hat.“

Zurufe von unten antworten: „Ja, ja, ein eijener Keel, ein Kämpfer. Schade um ihn.“

Er winkt mit der Hand und fragt: „Ist einer aus meinem Dorfe hier?“ „Nis niemand antwortet, fährt er fort:

„Am Ende — besser, daß niemand hier ist. Aber ich hab etwas auf dem Herzen. Hört mich an! Ich bitte euch schön, Nachbarn, helft es meinen Vorgesetzten und bittet sie, daß sie unseren Gürteln für mich bitten mögen. . . .“

Nicht um was lünetes. Hört mich an! Ich hab einen Sohn von acht Jahren. Mit Verlaub — ein wahres Adlerkühlein. Wird besser als sein Vater werden. Und da wünscht ich, man möchte dem Kind meine Medaille geben, die ich mir verdient hab und trag. — Das ist mein letzter und einziger Wunsch auf dem Wege, den ich eingeschlagen hab.“

Er schritt nach der Bank zurück, von Beifall und Lob begleitet.

Der Pope wandte sich an den jüngeren Verurteilten. „Geh auch du und sag den Leuten ein paar Worte.“ Dieser andere war klein, schwächling, mit schmalen blonden Schurrbärtchen, bieglam und behand wie eine Keise. Das sah man an jeder Bewegung. Er suchte die Achseln und warf die Lippen auf, als wollte er sagen: „Woju die Komodien?“ — Aber auf die erneute Anforderung des Popen trat er vor und sprach rasch und unwillig:

„Ich hab keinen Dant adjukatoren und keine Bestellung aufzugeben. Ich sag nur, daß wir beide verdient haben, was uns erwartet. Denn wir haben eine große Sünde begangen. Vergetzt mit, Montenegroer — und nun mit Gott!“

Ohne Mut oder Gleichgültigkeit zu heucheln — nein, er sich wieder auf seinen Platz.

Im der Menge schüttelte man die Köpfe. Der Pope stand auf und nahm von beiden Abschied. Beide küßten ihm die Hand und er ihnen die Seiten. — Der Ältere rief lachend:

„Pope habe Dank! Es ist Zeit, daß du gehst, um uns vor unfierem ewigen Hause zu erwarten. Sing uns ein schönes Graduale und — Gott vergeth dir!“

gen Allen zusammen, der ihn fragte: „Pope darf ich mit einem von diesen Gläubigern ein Wörterchen reden?“

„Ich glaube, ja. Beil dich aber — denn sieh, dort kommt der Hauptmann. Es ist nun Zeit, ein Ende zu machen.“

Der Alte wankte hinauf, küßte den jüngeren Beknequenten und flüsterete ihm etwas ins Ohr. Der Ärmere bleichte, fing an zu zittern, griff sich an die Stirn und schrie auf:

„Nein, um Gotteswillen, nein, nein. . . . Ruft den Hauptmann, ich bitt euch, ruft hin, ich bitt euch um aller Getigen willen, er soll sofort heraufkommen.“

„Da ist er,“ sagte einer von den Wächtern. „Was hast du ihm da ausgeflütert, Alter?“

„Matts Schlichtes, bei meiner Ehre.“

„Die Menge teilte sich für den Hauptmann und den Schreiber und der Hauptmann lief wiederum.“

„Gauptmann, ich bitte dich... ich beschöre dich...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Sie ist hergekommen, sagt Vater Marta, sie will mit ihrem Sohne kommen. Sie mag nicht... ich kann nicht... um keinen Preis... und ich würde lieber...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

Der Gauptmann befaß den Panduren, die alle zurückzuführen.  
 „Da sprach der alte Marta: Sie ist ihren Sohn in der letzten Stunde trüben gekommen...“  
 „Ein Sohn...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

**Buchdruck.**

Man muß es den Vertrieben der Schulhistorie...  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

den Angaben der Rückseite „von hervorragenden (11) Schrift...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

**Für unsere Frauen.**

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“

„Gib's nicht an... gib's nicht an...“  
 „Gib's nicht an... gib's nicht an...“